

Der Lübecker Volksbote erscheint am Nachmittage jedes Werktages. Abonnementspreis mit Illustr. Beilage „Wolk u. Zeit“ frei Haus für die Zeit vom 29. Juni bis 5. Juli 45 Goldpfennige. Einzelverkaufspreis: 10 Goldpfennige.

Redaktion: Johannisstr. 46.

Fernruf { 905 nur Redaktion.
926 nur Geschäftsstelle

Anzeigengebühr für die achtspaltige Zeile über deren Raum 20 Goldpfennige, auswärtige 25 Goldpfennige. Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 15 Goldpfennige. Reklamen 80 Goldpfennige.

Geschäftsstelle: Johannisstraße 46.

Fernruf { 926 nur Geschäftsstelle.
905 nur Redaktion.

Lübecker



Volksbote

Tagesszeitung für das arbeitende Volk

Nummer 153

Donnerstag, 3. Juli 1924

31. Jahrgang

Die Gewerkschaften zum Gutachten.

Der Kampf um die Lastenverteilung.

Die freigewerkschaftlichen Spitzenorganisationen, **ADGB**, **UFA-Bund** und **ADL**, haben in einer Eingabe an die Reichsregierung den Standpunkt der freien Gewerkschaften zum Sachverständigengutachten wie folgt dargelegt:

„Den Gewerkschaften ist bekannt, daß die Reichsregierung eifrig an der Durchführung der Anregungen arbeitet, die das Sachverständigengutachten der Dawes-Kommission für den deutschen Haushalt und die Gestaltung der Steuern gegeben hat. Sie vermessen aber jedes Anzeichen dafür, daß auch den Anregungen nachgegangen wird, die in dem Gesamturteil der Sachverständigen über die deutsche Steuererhebung scharf umrissen worden sind. Die Sachverständigen haben der Schlussfolgerung nicht entgehen können, daß die reicheren Klassen in Deutschland in den letzten Jahren von dem in Kraft befindlichen Steuersystem nicht in angemessener Weise erfaßt worden sind, weder in einem Maße, das sich mit Rücksicht auf die Besteuerung der arbeitenden Klasse rechtfertigen würde, noch in einem Maße, das mit der Belastung der reicheren Klasse in anderen Ländern vergleichbar wäre. Das Gutachten der Dawes-Kommission unterstreicht die Notwendigkeit, schon für das laufende Einkommensteuerjahr wichtige gesetzliche Ergänzungen vorzunehmen. Das gilt im besonderen für die Einkommensteuer der sich selbst Einkommenden und für die Auslandsverdienste, aber ebenso für eine Besteuerung der Geldwertungsgewinne und für den Abbau der Umsatzsteuer. Auch den Ertrag der deutschen Erbschaftsteuer haben die Sachverständigen als „außerordentlich niedrig“ bezeichnet.“

Die Gewerkschaften ersuchen die Reichsregierung um Aufklärung darüber, welche Maßnahmen im besonderen nach dieser Richtung im Interesse einer gerechten Verteilung der Wiedergutmachungslasten in Angriff genommen worden sind. Sie haben auch das stärkste Interesse daran, zu erfahren, welche sonstigen steuerlichen Maßnahmen auf dem Gebiete der indirekten Steuern vorbereitet werden.

Die Spitzenverbände halten eine Aussprache mit der Reichsregierung für außerordentlich dringend. Mächtige Interessentengruppen organisieren systematisch den Widerstand gegen die Staatsnotwendigkeiten und schrecken dabei, wie erst jüngst die Vertreter der Landwirtschaft, sogar vor Drohungen nicht zurück. Die Bestrebungen dieser Kreise münden sämtlich in dem einen Wunsch, in Zukunft möglichst von den Lasten, die Deutschland zu tragen hat, frei zu werden und sie auf die Arbeitnehmer abzuwälzen. Das steigert selbstverständlich die Erbitterung der Arbeitnehmer aufs höchste. Die vielen Millionen Arbeitnehmer, die in den Gewerkschaften vereinigt sind, lehnen entschieden die Auflassung ab, daß wachsende Entbehrungen und steigende Not in der breiten Masse des Volkes eine zur Gesundung unentbehrliche Notwendigkeit seien.

Die Unterzeichneten bitten die Reichsregierung, tunlichst bald Tag und Stunde zu einer Aussprache mit Vertretern der unterzeichneten gewerkschaftlichen Spitzenverbände bestimmen zu wollen.“

Die Rückkehr der Ausgewiesenen.

Berichte aus dem besetzten Gebiet lassen erkennen, wie wenig die Behörden auf die Massenrückkehr der Ausgewiesenen eingetrifft sind. Außer der Aufhebung der letzten Beschlagnahmemaßnahmen werden die Befehlsmächte den Ernst ihres Willens durch Zusammenarbeit mit den deutschen Behörden für die Unterbringung der Heimkehrer beweisen müssen. Aber auch diese müssen Disziplin halten. Der Reichstagsausschuß für die besetzten Gebiete hat deshalb in seiner Mittwochsitzung einen Gruß und eine Mahnung an diejenigen gerichtet, deren Fürsorge seine Arbeit gilt. Die gegen die Stimmen der Deutschnationalen angenommene Entschließung lautet:

„Der Reichstagsausschuß für die besetzten Gebiete begrüßt die Ausgewiesenen, denen endlich die Rückkehr ermöglicht wird und gibt der bestimmten Erwartung Ausdruck, daß alsbald allen Ausgewiesenen und Gefangenen Heimat und Freiheit und die Rückkehr in ihre frühere Berufstätigkeit wieder geschenkt werden. Der Ausschuß hat alle Maßnahmen beantragt, die im Rahmen des Möglichen geeignet sind, Unterkunft und Existenz für die Rückkehrenden zu sichern. Er erneuert die Forderung, daß die Befehlsmächte dieses Wert der Menschlichkeit und Verständigung der Völker fördern. Gleichzeitig bittet der Ausschuß alle Ausgewiesenen dringend, nicht überflürzt, ohne daß die vorbereitenden Maßnahmen sich auswirken können, zurückzukehren. Die Not würde dadurch noch größer. Die Ausgewiesenen mögen noch ein wenig Geduld haben und Disziplin halten. Keiner soll Schaden davon haben. Die Betreuung unterliegt, wie bisher, der Kontrolle des Ausschusses.“

Angenommen wurde ferner ein Antrag, der von der Reichsregierung verlangt, daß sie gemeinsam mit den Landesregierungen eine umfassende Hilfsaktion für die durch die Wirkungen des Ruhrkampfes und der Sonderbewegung finanziell zusammengebrochenen Gemeinden und Kommunalverbände des besetzten Gebietes einleitet. Ein weiterer Antrag verlangt, daß die Erleichterungen auf Grund des Okkupationsgesetzes sobald als möglich im vollen Umfange wieder aufgenommen werden.

Aus der Dienstsitzung ist noch der Beschluß des Ausschusses für die Schwertriebsbeschädigten nachzutragen. Auf sozialdemokratischen Antrag hat der Ausschuß verlangt, daß die Schwertriebsbeschädigten, bereits zurückgekehrten und noch zurückkehrenden Arbeiter des Reiches, der Länder und Gemeinden sowie die nach dem 31. Dezember 1923 entlassenen Schwertriebsbeschädigten Eisenbahnarbeiter, sobald die Möglichkeit besteht, an ihren alten Beschäftigungsort und in ihrer alten Beschäftigungsart vorzugsweise wieder eingestellt werden.

Der Ausschuß hat damit seine vorläufigen Arbeiten erledigt. Er wird zwei Tage vor Beginn des Plenums erneut zusammentreten und dann die Vorschläge der Regierung wegen der Betreuung der freien Berufe entgegennehmen.

Die Stilllegung der Kohlenzechen.

SPD. Bochum, 2. Juli. (Eig. Draht.)

In einer besonderen Eingabe haben die den Bergarbeiterverbänden angehörenden Mitglieder des Reichstages die un-

mittelbare Nachprüfung der Wirtschaftlichkeit der schon stillgelegten bzw. von der Stilllegung bedrohten Ruhrzechen durch den Reichstagsausschuß beantragt. In seiner Antwort vom 30. Juni weist der Reichstagsausschuß darauf hin, daß unter dem Einfluß des preussischen Landtages der Handelsminister angeordnet hat, die Frage, welche Umstände im Augenblick die im Ruhrbergbau zu beobachtenden Betriebseinschränkungen und Stilllegungen bedingen und auf welchem Wege die dadurch für die Allgemeinheit drohenden Nachteile nach Möglichkeit gemildert werden können, einer eingehenden mit Beschleunigung vorzunehmenden Prüfung durch die in erster Reihe zuständigen Behörden, Oberbergamt und Regierungspräsidenten, unterziehen zu lassen. Bei dieser Untersuchung würde ein Vertreter der Arbeiterorganisationen beteiligt sein. Unter diesen Umständen hat es der Reichstagsausschuß für geboten erachtet, dem preussischen Handelsministerium und dem Oberbergamt Kenntnis zu geben von der Eingabe des Bergarbeiterverbandes, um auf diese Weise zu erreichen, daß zu der Prüfung der Verhältnisse zugleich auch Vertreter der Bergarbeiterverbände angehörenden Mitglieder des Reichstagsausschusses hinzugezogen werden, damit ihnen Gelegenheit geboten wird, unter Vermeidung von mehreren nebeneinander herlaufenden Untersuchungen über ein und denselben Fragenkomplex die mit der Eingabe verfolgten Gesichtspunkte zu beobachten. Von dem Ergebnis der Prüfung der Verhältnisse und der weiteren Entwicklung der Dinge dürfte es abhängen, ob und inwieweit der Reichstagsausschuß selbst Veranlassung haben wird, in der Sache mit weiteren Schritten in seinem Aufgabebereich vorzugehen.

Die Aufnahme der deutschen Note in London

Ein hoffnungsvolles Vorzeichen.

SPD. London, 2. Juli. (Eig. Draht.)

Der diplomatische Korrespondent des „Daily Herald“ nennt den ersten Eindruck der deutschen Note in den englischen Regierungskreisen ausgesprochen günstig. Der Ton, in dem die deutsche Note gehalten ist, sei das Echo des Tones in dem Briefe von Macdonald und Herriot. Diese Tatsache sei schon allein ein hoffnungsvolles Vorzeichen für die künftige Regelung nicht nur der Entwaffnungs-, sondern auch der Reparationsfrage. Allerdings könne der deutsche Vorschlag auf zeitliche Begrenzung der Generalinspektion bis zum 30. September nicht angenommen werden. Geringer müßte es möglich sein, ohne Festsetzung eines solchen Datums, das zu praktischen Schwierigkeiten führen könnte, dem deutschen Entschluß nach zeitlicher Begrenzung der Kontrolle entgegenzukommen.

Die Pariser Meldung von einer ersten Fassung der deutschen Note, die vom britischen und französischen Botschafter in Berlin zurückgewiesen worden sei, worauf die deutsche Regierung eine andere Note präsentiert habe, wird als Zeitungssente bezeichnet. Vor der Uebergabe der Note hätten lediglich im freundlichen Geiste gehaltene Diskussionen zwischen der deutschen Regierung und den Botschaftern der beiden Länder stattgefunden.

Völkisch-monarchistische Korruption.

SPD. Die nationalistische Presse, die hinter allen Dingen, die in der Republik passieren, berufsmäßig Korruption und Unsauberkeit mittelt, die gegen Parlamentsdiäten und Freifahrkarten hegt — bis diese Vergünstigungen in genügender Zahl reaktionären Abgeordneten zuließen —, diese moralisierende Presse ist über einen interessanten Prozeß der letzten Tage mit merkwürdigem Stillschweigen hinweggegangen. Es handelte sich um den schon vor dem Kriege gegründeten „Luftfahrerdank“, dessen Mittel den Hinterbliebenen verunglückter, später im Kriege gefallener Flieger dienen sollten und in dessen Präsidium eine ganze Anzahl von Honoratioren des alten Systems saßen. Der „Luftfahrerdank“ hat in den Jahren von 1913 bis 1917 nahezu 700 000 Mark (Goldmark) vereinnahmt, von dieser immerhin respektable Summe ist aber den verunglückten Fliegern und ihren Angehörigen auch nicht ein roter Heller zugute gekommen. Es ging nämlich alles auf „Unkosten“ drauf, die zu nicht erheblichem Teile daraus erwuchsen, daß den vornehmen Herrschaften im Präsidium für ihre (zweifellos sehr aufreißende) dekorative Mitwirkung ungeheure Entschädigungen gezahlt wurden.

So hat die Erzellenz Graf v. d. Goltz den hübschen Betrag von 32 000 Mark als Präsident erhalten, und es hat diesen ehrlichen, braven Krieger des alten Rechts- und Ordnungstaates nicht im mindesten in seiner Seelenruhe gestört, daß die Leute, für die die Stiftung eigentlich bestimmt war, leer ausgingen, während sie ihm eine ansehnliche Prämie abwarf. War es doch bei den hochentwickelten Ehr- und Standesbegriffen des alten Ordnungstaates und seines herrlichen Offizierskorps schließlich selbstverständlich, daß erst für den Adel und seine Angehörigen gesorgt sein mußte, ehe die plebejische Menge des übrigen Volkes herantam.

Der Fall des Grafen v. d. Goltz verdient deswegen besonderer Beleuchtung, weil der edle Graf sich als Vorsitzender der Vereinigten Vaterländischen Verbände heute als besonders lauter Schreier gegen die Republik hervortut. Schon früher fiel er durch die besondere Saffigkeit seiner Reden auf. So behauptete er auf dem sogenannten „Frontkämpfertag“, der im August 1921 im Stadion stattfand, daß die Republik von „Hochverrätern“ geführt wurde, daß „Erzhalunken“ den Waffenstillstand von 1918 abgeschlossen hätten — bekanntlich erfolgte der Abschluß auf Anraten Hindenburgs vom 10. November 1918. Die besondere Brut des Grafen erregte damals vor dem Kriegsgericht schwebenden Prozesse gegen die Kriegsverbrecher, die ihn veranlaßten, von einer „Schmachjustiz“ zu reden. Der Jörn des Grafen v. d. Goltz gegen die Justiz ist immerhin begreiflich. Denn die von den „Hochverrätern“ und „Erzhalunken“ im November 1918 gewährte Amnestie verhinderte, daß die Justiz sich heute mit den Begünstigten des Grafen v. d. Goltz aus dem „Luftfahrerdank“ beschäftigen kann. (Dafür wird sie sich aber mit seiner Verleumdung des Genossen Breitscheid zu befassen haben, dem dieser vaterlandsliebende Herr Landesverrat vorwarf! D. Red.)

Wer in dem General des alten Systems die Blüte aller männlichen Tugenden zu sehen gewohnt ist, wird den Grafen v. d. Goltz vielleicht als eine Ausnahmeerscheinung zu entschuldigen suchen. Obwohl bis heute nicht das leiseste davon bekannt geworden ist, daß die diversen nationalistischen Offiziersbünde, die sonst so schnell mit Adre- und Bannerkörungen gegen republikanisch gesinnte Offiziere bei der Hand sind, sich gegen diese merkwürdigen Gönner des Fliegerwesens irgendwie gewandt hätten. Aber der Graf ist keine so große Ausnahme. Die eben bekanntwerdenden Briefe des ehemaligen Staatssekretärs v. Riederlein-Wächter (der übrigens wegen seiner aggressiven Marokkopolitik eine Zeilung von den Aldeutschen in den Himmel gehoben wurde) besätigen die harten Urteile über den wilhelminischen Götter- und Halbgötterhimmel, die wir schon vor dem aus den Memoiren des Grafen Zedlitz-Trübshler, des Grafen Hoensbroich usw. kannten. In einem Briefe von der Nordlandreise des Jahres 1894 schildert Riederlein, wie die alten Generale morgens vor dem Kaiser Gymnastik treiben, namentlich mit verzerrten Gesichtern tiefe Kniebeugen machen mußten. Riederlein schreibt:

„Der Kaiser lacht manchmal laut auf und hilft mit Rippenstoßen nach. Die alten Kraken tun dann so, als ob diese Auszeichnung ihnen eine besondere Freude machen würde, ballen aber die Faust in der Tasche und schimpfen nachher unter sich über den Kaiser wie die alten Weiber. Feige, verlogene Gesellen!“

Das erinnert an eine von Hoensbroich geschilderte Szene, bei der der Kaiser seinem Adjutanten, dem General von Hahnke, das Salzfaß in die Suppe schüttet und dieser auf den Befehl: „Schluß er das!“ ohne zu merken die verschlagene Prübe ausläßt. So sah der Mannesmut der gefüllten Uniformschläuche aus, die heute auf „Deutschen Tagen“ usw. einhergehieren und sich von einer triftigen Jugend als Halbgötter begaffen und bewundern lassen.

Mit besonderem Groll spricht Riederlein von einem der bekanntesten Offiziere des alten Systems, der heute, wenn es nach den Wünschen der Deutschnationalen gegangen wäre, als Reichskanzler amtierte: von Admiral v. Tirpitz. Er nennt Tirpitz „den größten Lügner, den Berlins Pflaster trägt“ und berichtet als Illustration, daß während einer Rede des Admirals v. Tirpitz im Hauptauschuß des Reichstages ständig ein Abgeordneter nach der Decke geblickt habe — um zu sehen, wie sich die Balken biegen!

Nimmt man noch kleine Züge hinzu, etwa wie der Kaiser vom Reichskanzler Fürsten Bülow sagt: „Hier habe ich das Luder“

beangelegt", oder wie der von allen Potsdamer Botschaften ange-
sammelte Kronprinz hochpolitische Briefe auf Briefbogen schreibt,
die das Bildnis von Kofortin tragen, so erhält man einen Be-
griff, wie die Männer des alten Systems über einander urteilten
und sich gegenseitig wertschätzten. Nicht zum ersten Male! Denn
man braucht die Memoiren der von Kofortin Angegriffenen zu
durchblättern, um festzustellen, daß diese Geringschätzung, ja Ver-
achtung, durchaus auf Gegenseitigkeit beruhte. Füllt doch Herr v.
Tirpitz in seinem Buch die abfälligen Urteile über die Leitung
Deutschlands in den ersten Kriegsjahren, fließen doch die Me-
moiren des Grafen Waldersee, des Fürsten Eulenburg usw. über
von gegenseitigen abfälligen Urteilen. Eine Zusammenstellung
darüber, wie in der Flut der Memoirenwerke, die uns von den
Gößen der wilhelminischen Ära hinterlassen sind, einer den an-
deren heruntermacht, würde einen Hezensabbath gegenseitiger Be-
schimpfung und Mißachtung enthalten. In diesem Milieu wirkt
ein Fall wie der des Grafen v. d. Goltz und des „Luftfahrerdan-
ke“ nicht auffällig, sondern schlichtlich selbstverständlich. Das sind die
herrlichen Zustände, mit deren Wiederkehr uns die Reaktion be-
glücken will und vor denen der Himmel das deutsche Volk behüten
möge.

Es wird weiter gemordet.

Ein neues Faschistenattentat in Italien.

Paris, 2. Juli.

Die Agence Journalist meldet aus Rom, der frühere sozialisti-
sche Abgeordnete Angelica sei von zwölf Unbekannten
überfallen worden. Auf die Hilferufe des Abgeordneten
eilten ihm ungefähr 20 Personen zu Hilfe und zwangen seine An-
greifer, die Flucht zu ergreifen. Ein Bürger hat die Behörden
von den Mordversuchen unterrichtet. Eine Untersuchung ist
eingeleitet.

Erneute Morddrohungen gegen Scheidemann.

Welchen Erfolg das Verlangen unserer Justiz gegenüber den
Mordbänden vom Sakentanz, von dem wir gestern wieder eine
Probe berichten konnten, hat, zeigt die Frechheit, mit der auch bei
uns diese Verbrecher ihr Handwerk weiter betreiben. Augen-
blicklich steht wieder einmal Gen. Scheidemann, auf den sie
ja schon einmal ein Giftattentat verübten, im Mittelpunkt
ihrer liebevollen Aufmerksamkeit. Aus der Fülle der Mordbriefe,
die während der letzten Monate, sei folgender, der in Bruchstücken Ende
Juni aufgegeben wurde, als typisch wiedergegeben:

Zur Zeit Republik-Baden, 25. Juni 1924.

Herrn Oberbürgermeister in Liquid!

Mein letztes Schreiben an Sie, damals noch nicht repu-
blikanischer Oberbürgermeister aus eigener Machtvollkommen-
heit, erfolgte im Februar 1918, war wohlwollend, aber doch
auch warnend im Inhalt.

Sie werden sich dieses Schreiben, welches mit der Unter-
schrift „ein guter Schütze“ versehen war, wohl noch zu entsinnen
wollen.

Im Verlaufe dieser Zeit sind ja Ihre Gestaltungsformen
als Vaterlandsverräter der gerechten Strafe verfallen. — Erz-
berger als jüdischer, Rathenau als semitischer Genosse.
Gegen meinen Willen ist feinerzeit gegen Sie ein Anschlag
verübt worden, ist auch mißlungen, weil der gute Schütze wäh-
rend dieser Zeit in besonderer Mission sich im Ausland be-
fand.

Ich bin jetzt wieder zurück und möchte Ihnen den guten
Rat erteilen, doch so rasch wie möglich Cassel zu verlassen, wenn
Sie Ihr Leben Ihrer Familie noch länger erhalten wollen, mit
gehen Sie sonst nicht fehl, — darauf dürfen Sie sich mit
Sicherheit verlassen.

Als feinerzeit die oberklosterliche Frage alle deutsche Herzen
höher schlagen machte über die von den Franzosen und Polen
verübten Gewaltmaßnahmen usw. usw., befand sich Ihr Freund
Fritze, von Partei-Graden republik. Präsident zur Kur in Mer-
genheim mit der Absicht, noch eine Nachkur in Freudenstadt zu
machen. — Was kümmerte Ihr Freund auch das Schicksal Ober-
klosters und die bevorstehende Plebezeit.

Ich erteilte damals S. M. den guten Rat, doch raschmög-
lich nach Berlin zu fahren und sich dieser Sache anzunehmen,
was ja auch seine verdammte Pflicht und Schuldigkeit war. —
Auf keinen Fall aber solle er nach Freudenstadt gehen, da ihm
dort die Möglichkeit nicht mehr geworden wäre, nach Berlin
zurück zu reisen.

Fritze war gehorcht und schon nach etwa vier Tagen war
er wieder in seiner Residenz. — Und die für Fritze vorgesehene,
unfehlbare Kugel findet andere Verwendung, wenn Sie nach
Ablauf von 6 (sechs) Wochen Ihre Demission als Oberbürger-
meister von Cassel nicht eingegeben haben sollten.

Dies zu Ihrer Rücksicht.

Im Auftrag Teil.

So räumen sich diese Lumpen ihrer Mordtaten! So sehen
die Freunde des Dr. Ritter aus, die Deutschland „von unten
herauf erneuern“ wollen!

Der Verleumbertumpfung.

Breitscheid stellt Strafantrag.

Genosse Breitscheid hat gegen den General von der Goltz
wegen seiner auf der Tagung der Vaterländischen Verbände auf-
gestellten Behauptung, er (Breitscheid) habe die Ernennung des
Generals Mollet zum französischen Kriegsminister betrieben
und sei für die Räte über die Militärkontrolle mitverantwortlich,
Strafantrag bei der zuständigen Staatsanwaltschaft gestellt.
Desgleichen hat Genosse Breitscheid Strafantrag gegen die
Mitteilungsblätter „Kundschau“ in Leipzig gestellt, die die
Wittelschauer über seine Unterredung mit Herrick mit der Ueber-
schrift „Der Landesverrat Breitscheids“ versehen hat.

Das Problem der Heimkehrer im besetzten Gebiet.

Schikanen der französischen Generale.

SPD. Der Reichstagsausschuß für die besetzten
Gebiete beschäftigt sich am Dienstag mit den brennenden
Frage, die jetzt dringend der Erledigung harren. Zu erster
Linie muß für die Zurückkehrenden Unterkunft geschaffen werden,
nicht minder wichtig ist die Betreuung der Beamten und Arbeiter.
Die Reichsregierung und namentlich der für die besetzten Gebiete
eingesetzte Reichstagsausschuß sehen sich allerdings in ihrer Arbeit
behindert, wenn die französische Militärverwaltung, so wie es
jetzt neuerdings in Döhlitz und Wiesbaden geschehen ist, Woh-
nungen beschlagnahmt. Die Maßnahmen der französischen Regie-
rung bleiben nur halb, wenn nicht die Möglichkeit gegeben ist,
für die Zurückkehrenden Unterkunft zu schaffen. Aus dem Grunde
hat der Ausschuß einstimmig eine Entschließung angenommen,
in der gefordert wird, daß das Auswärtige Amt sofort bei der
französischen Regierung dahin wirkt, weitere Wohnungsanfor-
derungen im besetzten Gebiet zu unterlassen, weil andernfalls die
Rückkehr der Ausgewiesenen durch neue unüberwindliche Schwie-
rigkeiten gefährdet wird. In einer zweiten Entschließung wird
die Reichsregierung ersucht, diplomatische Vorstellungen dahin zu

erheben, daß durch Minderung der Besatzungstruppen und Be-
amten erst die Möglichkeit der Rückkehr der bisher Ausgewiesenen
gegeben wird. In der Wohnungsangelegenheit wurde nach längerer
Aussprache ein Beschluß angenommen, der in seinen wesent-
lichen Teilen den Antrag der Sozialdemokraten entnommen
ist. Es wird gefordert, daß die mit ihren Familien ausgewie-
senen Beamten, Angestellten und Arbeiter des Reiches, der Länder
und der Gemeinden, soweit nicht ein dringendes Interesse des
Dienstes entgegensteht, erst dann zur Rückkehr verpflichtet werden
können, wenn ausreichende Wohnung und entsprechende Beschäfti-
gung zugewiesen werden kann. Von der Reichsregierung wird
gefordert, daß den Ausgewiesenen, Verdrängten und entlassenen
Gefangenen ihre früheren Wohnungen, soweit sie nicht für Zwecke
der Besatzung und der Regie beschlagnahmt sind, bei der Rückkehr
zur Verfügung gestellt werden. Die Reichsregierung soll Vorforge
treffen, daß im besetzten Gebiet freistehende, freizubehaltende oder
durch Beschlagnahme freizumachende Wohnungen in erster Linie
den Zurückkehrenden zur Verfügung gestellt werden. Außerdem
wird gefordert, daß die im besetzten Gebiet begonnenen reichs-
eigenen Wohnungsbauten (1500—2000) beschleunigt vollendet
werden sollen. Zu der Frage der Betreuung der Arbeiter hatten die
Sozialdemokraten einen Antrag gestellt, der fordert:

„Die bereits zurückgekehrten und noch zurückkehrenden Ar-
beiter des Reiches, der Staaten und Gemeinden sowie die von
der Regie nicht eingestellten und von der Reichsverwaltung am
1. Januar entlassenen Arbeiter, soweit sie keine gleichwertige
Beschäftigung gefunden haben, sind nach dem vor dem 1. Januar
geltenden Grundgesetz zu behalten. Die Regelung gilt rückwirkend
ab 1. April 1924 mit der Maßgabe, daß alle von da ab
empfangenen Unterstellungen und Lohnzahlungen aufzuzurechnen
sind. Die unter diese Regelung fallenden Arbeiter sind ver-
pflichtet, eine ihrer Sachausbildung entsprechende gleichwertige
und nach den geltenden Lohnsätzen entgeltliche Arbeit auch
im Privatdienst anzunehmen. Bedingt die nachgewiesene Ar-
beitsstelle einen Wohnortwechsel, so ist der verheiratete Ar-
beiter zur Annahme der Stelle nur dann verpflichtet, wenn
eine entsprechende Wohnung nachgewiesen und der Umzug ent-
schädigt wird.“

Der Antrag wurde abgelehnt. Dagegen wurde ein An-
trag Quast angenommen, der in der Tendenz dem sozialdemo-
kratischen Willen entlehnt ist und fordert, daß die Arbeiter, die
mindestens 10 Jahre bei der Reichsbahn beschäftigt waren, ent-
sprechend der Regelung für die Beamten zu behandeln sind. Ur-
sprünglich war in dem Antrag gefordert, „langjährig“ beschäftigte
Arbeiter. Auf sozialdemokratischen Antrag wurde die Zeit be-
grenzt. Angenommen wurde ein sozialdemokratischer Antrag, der
eine für die unteren ausgewiesenen Beamten längst notwendige
Regelung endlich in zufriedenstellender Weise herbeiführt. Der
Antrag lautet: „Für die aus den besetzten Gebieten ausgewiesenen
und die dorthin zurückgekehrten Beamten der Besatzungsgruppen
I—VIII berechnen sich die Beschäftigungstage, die Betreuung- und
Reisegehalt nach der Stufe 2 der seit dem 1. Februar 1924 gel-
tenden Verordnung.“ Dieser Antrag wurde angenommen gegen
die Deutschnationalen. — Nächste Sitzung Mittwoch.

Bayrische Bahnen und Daves-Bericht.

Münchener Reservatwünsche.

München, 1. Juli.

In der heutigen Sitzung des Verfassungsausschusses des Land-
tages, der auch Ministerpräsident Held und die Minister Kraus-
neud und Meinel bewohnten, wurde das künftige Schicksal der
bayrischen Bahnen nach den Bestimmungen des Sachver-
ständigen-Gutachtens erörtert. Die Bökischen beantragten,
den Übergang der Reichsbahn an eine Konzessionsgesellschaft zu
verweigern. Die Bayerische Volkspartei beantragte, daß
das in den Reichsdienst überführte bayrische Eisenbahnpersonal
gesichert werden müsse, und daß es nicht schlechter gestellt werde
als die vergleichsfähigen Landesbeamten.

Ein Antrag Wohlge mut und Genossen fordert, da zur
Ueberlassung des Betriebes der Reichsbahn an eine Konzessions-
gesellschaft die Zustimmung Bayerns und der übrigen Eisenbahn-
länder notwendig sei, der bayrische Landtag solle beschließen, daß
Bayern nicht seine Zustimmung gebe, wenn der Gesetzentwurf des
Reiches von einem Verteilungssystem ausgehen sollte, das durchaus
unfair und international eingestuft sei.

In der anschließenden Diskussion erklärt Handelsminister Dr.
v. Meinel, daß die Zustimmung der bayrischen Regierung zu den
Bestimmungen bezüglich der Eisenbahnen im Sachverständigen-
gutachten erforderlich sei. Die Länder mit früherem Eisenbahn-
besitz müßten prüfen, ob die neuen Besitzer vertrauenswürdig
seien und ob eine Änderung der Verfassung notwendig sei. Die
Verhandlungen zwischen Bayern und Reich würden voraussichtlich
in München geführt werden.

Das neue bayrische Kabinett.

Ein zweifelhaftes Kabinett zur Reichstreu.

München, 2. Juli.

Am Mittwoch vormittag gab der Ministerpräsident Held
dem Landtag die Ministerliste bekannt: Außenminister
Matt, Inneres: Stübel, Justiz: Gärner, Finanz: Dr.
Krausneud, Landwirtschaft: Fehr, Soziale Fürsorge: Os-
wald, Handel: v. Meinel. Der Ministerpräsident übertrug
das Außenministerium. Der völkische Abg. Straßer erhob Ein-
spruch, weil das neue Ministerium entgegen dem früheren Land-
tagsbeschlusse nicht fünf, sondern wieder acht Minister zähle. Sein
Grationskollege Dr. Ruttmann beantragte, über das Vertrauen
für die Minister einzeln abzustimmen. Die Völkischen wollten
auf diese Weise erreichen, den beiden Ministern Matt und Gär-
ner, die für sie „untragbar“ sind, das Mißtrauen auszusprechen.
Die Mehrheit des Hauses lehnte jedoch den Antrag Ruttmann ab,
worauf der Ministerpräsident feststellte, daß die Ministerliste die
Zustimmung des Hauses gefunden hat.

Darauf verlas der Ministerpräsident die Regierungserklä-
rung, in der er zugibt, daß das politische Leben Bayerns und der
bayrische Staat im vergangenen Jahre die allerhöchsten Er-
schütterungen erlitten habe. Die Hauptursache für diese Er-
schütterung liegt in der Revolution von 1918, die das schwerste
Verhängnis für die Selbstbestimmung des Volkes und seine Wohl-
fahrt gewesen sei. Das oberste Ziel der Regierung sei, jede
Revolutionenspannung zu überwinden. Eine bewaffnete Macht
außerhalb und neben der Staatsgewalt dürfe es in einem ge-
ordneten Staat nicht geben. Es folgte dann ein Lippenbekenntnis
zur Einheit des Reiches. Die wichtigste Bestimmung kam indes zum
Ausdruck mit der Erklärung: „Wo Lebensnotwendigkeiten der
Eigenstaatlichkeit Bayerns es verlangen, gehe ich auch einem
Konflikt nicht aus dem Wege.“ Und dann kam die alte Forderung
auf Aufhebung der Weimarer Verfassung entsprechend der be-
fammenen Denkschrift, die unter der Regierung Knilling verfaßt
worden ist.

Die Lieblinge der Deutschnationalen.

In dem pommerischen Städtchen Usedom haben es die zu
einem Reichsblock vereinten Deutschnationalen und Volksparteier

fertig gebracht, einen Kommunisten als Stadtrat zu wählen.
Gegenüber dem Reichsblock hatten sich bei der Wahl des Waal-
strats durch die Stadtverordnetenversammlung die 5 Sozialdemo-
kraten, 5 Mieter und 1 Demokrat auf eine gemeinsame Liste ge-
eignet, während die drei Kommunisten eine eigene Liste aufge-
stellt hatten. Für ein Stadtratsmandat waren indes vier Stim-
men nötig. Unsere Fraktion hatte es abgelehnt, eine Stimme
für die Kommunisten abzukommandieren. Die 13 Mann starke
Rechtsfraktion aber gab dem für sie entbehrlichen dreizehnten
Mitgliede die Weisung, für die kommunistische Liste zu stimmen
und damit den Kommunisten ein Stadtratsmandat zuzuschreiben,
das andernfalls dem sozialdemokratisch-demokratischen Block zu-
gefallen wäre. Auf diese Weise führen die prinzipienfesten Deut-
schnationalen und Volksparteier ihren Kampf „gegen den Margi-
nus, für den Ordnungsbund“.

Eine prächtige Illustration zu den Ausführungen des Gen.
Haut in der letzten Mitgliederversammlung. Dort wie hier ist
die gesamte Reaktion einig in dem Streben, die kommunistische
Arbeiterfraktion zu fördern.

Faschistische Arbeitervertreter sind keine Gewerkschafter.

Ausschluß Rossinis von der internationalen Arbeitskonferenz.

SPD. Genf, 2. Juli. (Eig. Drahtber.)

Die internationale Arbeitskonferenz hat am Mittwoch mit
55 gegen 32 Stimmen das Mandat des italienischen faschistischen
„Arbeitervertreter“ Rossini für unzulässig erklärt. Von den
121 Stimmberechtigten gaben nur 87 ihre Stimme ab. Außer
den gesamten Arbeiterdelegierten stimmten auch die Regierungs-
vertreter von Kanada und Dänemark mit Nein, während die
Regierungsvertreter von England, Deutschland, Irland, Un-
garn, Griechenland, Lettland und Schweden sich der Stimme ent-
hielten. Bei der gleichen Abstimmung im vorigen Jahre hatten
außer Deutschland noch sämtliche Regierungsvertreter für Rossini
gestimmt. Das Ergebnis wurde von der Versammlung mit Still-
schweigen entgegengenommen.

Die Entscheidung der internationalen Arbeitskonferenz ist
auf einen Protest zurückzuführen, den die italienischen Gewerks-
schaften nach Genf richteten und dem sich die vereinigten Arbeit-
nehmerdelegierten in einer langen Erklärung an die Mandats-
prüfungskommission restlos angeschlossen haben. In dieser Er-
klärung wird bewiesen, daß die Vereinigung der faschistischen
Korporationen gleichzeitig Unternehmer und Lohnemp-
fänger umschließt, und deshalb der italienische Vertreter Rossini
keine technischen Beiräte nach den Anforderungen ent-
sprechen, die der Friedensvertrag stellt. Die Arbeitnehmerdele-
gierten berufen sich zur Rechtfertigung ihrer Auffassung insbe-
sondere auf den Titel „Arbeit“ des Friedensvertrages. Sie sind
der Meinung, daß auch die Verfasser des Friedensvertrages „un-
bestreitbar“ der Ansicht waren, daß Arbeiter und Unternehmer
verschiedene Interessen haben und deshalb auch auf verschiedene
Weise vertreten werden müßten. Da diese Voraussetzung für
den italienischen Vertreter keineswegs geschaffen ist, ist der Aus-
schluß von der Arbeit der Konferenz verlangt. Zum Schluß
der umfangreichen Erklärung, die, wie gesagt, von allen Arbeit-
nehmerdelegierten unterschrieben wurde, heißt es: „Wir erklären noch-
mals feierlich, daß die Arbeiterbewegungen, die niemals auf-
gehört haben, den völligen Zusammenbruch zu gemeinsamer Ar-
beit zu fördern und die uns hier vereint, die faschistischen Kor-
porationen als eine wirkliche Arbeiterorganisation niemals an-
zuerkennen werden. Wir sagen das in vollem Bewußtsein der Be-
deutung dieser Erklärung und aller Verpflichtungen, die sie ent-
hält; aber man wird uns niemals zu einer anderen Erklärung
veranlassen können.“

Die Liga internationaler Zusammenarbeit.

Die Völkerverbände.

Lyon, 1. Juli.

In Lyon ist unter großer Beteiligung aus allen Ländern am
Montag der Kongreß der Vereinigungen für Völkerver-
band und eröffnet worden. Vor Eröffnung des Kongresses tagten
bereits die verschiedenen Ausschüsse des Verbandes. Der Wirt-
schaftsausschuß hat beschlossen, der Vollversammlung eine Reso-
lution vorzulegen, die das Sachverständigen-gutachten
begreift und die im Zusammenhang damit den Eintritt Deutsch-
lands in den Völkerverband und eine Vertretung im Völkerverband
als notwendig erklärt. Die Entschließung besagt auf Grund
eines englischen Antrages weiter, daß die Ausführung des Sach-
verständigenplanes nicht einen Verzicht Deutschlands auf den
Grundlag des Abkommens zwingt. Eine weitere Resolu-
tion über die Militärkontrolle durch den Völkerverband, die
bekanntlich nach Auflösung der interalliierten Kontrollkommission
auch in Deutschland einsehen soll, wurde mit Rücksicht auf die all-
gemeine Lage als überflüssig abgelehnt. Die Minderheits-
kommission des Kongresses beschäftigte sich u. a. mit der Behand-
lung der Klagen der nationalen Minderheiten
durch den Völkerverband. Ein tschechischer Antrag, der von den Ver-
tretern Polens, Rumäniens und Griechenlands unterstützt wurde,
forderte, daß das Verlangen, die bedrückte Bevölkerung an Ort
und Stelle über ihre Klagen zu hören, abgelehnt werde.
Dieser Antrag wurde mit großer Mehrheit angenommen. Die
Vertreter Deutschlands und Dänemarks kamen überein, der
Herbsttagung der ständigen Minderheitskommission vollständiges
Material über die Lage der deutsch-dänischen Minderheiten vor-
zulegen.

Der Nachfolger Mollets.

Demokratisierung der Verwaltung in Frankreich.

SPD. Paris, 1. Juli. (Eig. Drahtber.)

Am Dienstag fand ein Ministerrat statt, in dem eine Reihe
interessanter Beschlüsse gefaßt worden sind. Der Minister des
Inneren hat die Vorbereitung eines weitgehenden Personalwech-
sels in den höheren Verwaltungsstellen angeordnet, der im Prin-
zip vom Ministerrat gebilligt wurde. Auf Vorschlag des Kriegs-
ministers wurde der General Walch zum Vorsitzenden der inter-
alliierten Militärkontrollkommission in Berlin ernannt. Walch
gehort der Kommission bereits seit einiger Zeit als Mitglied an.
Der Ministerrat hat ferner den wegen seiner republikanisch-
demokratischen Gesinnung bei den Regierungen des nationalen
Blocks entlassenen General Sarraill wieder in die aktive Armee
eingereiht. General Sarraill, der zu Beginn des Krieges die dritte
französische Armee und später die Balkanarmee kommandiert hat,
war im Widerspruch zu den gesetzlichen Bestimmungen, die die
Armeeführung von der Pensionierung ausschließen, vom Dienste
entbunden worden. Endlich hat der Ministerrat zum Zwecke wirk-
samer Maßnahmen gegen die Teuerung die Abhaltung regel-
mäßiger Konferenzen der zuständigen Ressortminister unter dem
Vorsitz des Ministerpräsidenten beschlossen.

Die erste Reichstagsession der dänischen Arbeiterregierung.

(Von unserem dänischen Korrespondenten.)

Kopenhagen, 30. Juni.

Die erste Sitzungsperiode des dänischen Reichstags unter der Arbeiterregierung ist geschlossen worden. Geschlossen worden mit dem großen außerpolitischen Erfolg der Durchführung der dänisch-norwegischen Grönlandübereinkunft durch das Kabinett Stauning, über dessen Annahme schon berichtet worden ist. Die Bedeutung dieses Sieges kann in Mitteleuropa nicht verstanden werden, weil man überall, wo außerpolitische Probleme von größter weltwirtschaftlicher Bedeutung auf der Tagesordnung stehen, es einfach nicht verstehen kann, wie die Eiswüste Grönland zwei so reife demokratische Nationen wie Norwegen und Dänemark in einen Gegenstand von solcher Siedehitze bringen konnte, wie es tatsächlich der Fall gewesen ist. Man muß die Frage nach wirtschaftlicher Bedeutung des Objektes ganz beiseite schieben und auf die Geschichte der Trennung Norwegens von Dänemark zurückgehen, um den Grund zu finden, von dem aus norwegische und dänische Nationalisten die Grönlandfrage zu einer erziehenden nationalen Prestigefrage machten. Daß sich in Dänemark sogar die Radikalen, die sonst Cherubim der Demokratie und des Pazifismus sein wollen, fast noch stärker als die Konservativen in das nationale Horn tunkten, ist nur ein Moment mehr, das aus dieser „Prestigefrage“ fast eine Operette macht. Norwegens Annahme des Abkommens bot keine Schwierigkeiten, da es den wirtschaftlichen Interessen der norwegischen Grönlandsfischerei im weitesten Maße entgegenkommt, dagegen kann es der dänischen Arbeiterregierung nicht hoch genug eingeschätzt werden, daß sie in all dem „patriotischen“ Geschrei Köpfe bewahrte und durch die Erledigung der Farce das Ansehen Dänemarks als kluge und reife Nation rettete. Glatter ging die Anerkennung Russlands de jure, gegen die nur von ganz rechts Opposition war.

Sat so die Außenpolitik die völlige Unzuverlässigkeit der bürgerlichen Linken gezeigt, so zeigte die Behandlung des größten innerpolitischen Problems die Fähigkeit und Raffiniertheit der rechtsbürgerlichen Opposition. Nachdem die sozialistische Regierung die Verlängerung der Mieterschutzgesetzgebung und eine den Konsum der breiten Masse verbilligende Zollreform durchgedrückt hatte, stieß sie in der Valutafrage auf den steifsten Widerstand der Opposition. Die Vorgänge hier sind schon berichtet worden, ebenso, daß sie im Herbst zu einem harten Kampf der beiden Kammern führen werden. Nachzuholen bleibt, daß Dänemark durch die Sabotage der Opposition nun ohne wirksamen Valutenschutz dasteht. Das neue Sinken der Krone hat als Warnung ebenso wie die Mahnung der Valutazentrale taube Ohren bei den rechten Parteien getroffen. Noch oder wieder hält die Nationalbank den niedrigsten Kronenkurs nach dem letzten Fall durch. Zuweisen aus der schon stark verbrauchten Londoner Stabilisierungsanleihe vom letzten Winter, durch die hier schon oft geschickter Kontrollrechte, die die Sozialistenregierung der Valutazentrale zu geben vermochte. Auf die Dauer ist das unmöglich, der Rücktritt des Leiters der Valutazentrale muß als letztes Warnungssignal gelten.

Desto höher ist dem Kabinett Stauning seine rührige Arbeit auf administrativem Wege anzurechnen. Eine Reihe von Begnadigungen kommunistischer und gemeiner Gefangener, Verabschiedung höherer Beamter, die in die Spekulationsaffäre der letzten Jahre verwickelt waren, Streichung der Armenunterstützungs„schulden“ so und sovieler einmal in Not geatener, die dadurch das Wahlrecht wiedererlangten, Aufräumung am staatlichen Theater, Streichung der Herbstmanöver sind Dinge, die eine bürgerliche Regierung nicht durchgeführt hätte.

Die Herbsttagung des Reichstags wird die dänische sozialistische Regierung vor harte Kämpfe stellen. Die Valutafrage wird dringend werden, der Abrüstungsplan wird auf starken Widerstand stoßen, ebenso wie die unumgängliche soziale Neuordnung der Steuern. Die im September stattfindende Wahl der Hälfte des Landthings ist das Barometer, an dem sich zeigen wird, wie weit das dänische Volk mit dem Wirken der Sozialistenregierung einverstanden ist. Nach ihr wird die Entscheidung fallen, ob es der Regierung möglich ist, mit diesem Reichstag zu regieren oder ob an das Volk vor Ablauf der üblichen Wahlperiode appelliert werden muß. Die Lage der dänischen Finanzen, des Geldes und

der Wirtschaft drängt zu reinlicher Scheidung, der Herbst muß eine Beugung der durch eine veraltete undemokratische Wahl im Landthing festliegenden reaktionären Mehrheit oder er wird Uebertragungen bringen.

Der gefährdete äußere Bestand der öffentlichen Ordnung.

Ein geahndetes Verbrechen.

SPD. Der folgende Strafbefehl ist nicht, wie man dem Stil des Textes entnehmen könnte, im Jahre 1824, sondern im Juni 1924 wortgetreu erlassen worden:

Antz.-Berz. d. AA. Nr. F 883/24.

Strafbefehl.

An Herrn Johann Roth, Hilfsarbeiter in Jorshheim, Bammersdorferstraße 26.

Nach einer Anzeige der Schutzmannschaft Jorshheim vom 7. Juni 1924 sollen Sie groben Unfug verübt haben, daß Sie am 2. Juni 1924 auf den Felsenkellern in Jorshheim, wo der bay. Kriegerbund Orisgruppe Jorshheim ein Konzert veranstaltete, indessen Verkauf des Deutschlandlied gesungen wurde, wobei sämtliche Anwesende sich von ihren Plätzen erhoben und die Kopfbedeckung abnahmen, während des Gesangs des Deutschlandliedes sitzen blieben und die Kopfbedeckung nicht abnahmen, wodurch das Publikum in seinen vaterländischen Gefühlen verletzt und der äußere Bestand der öffentlichen Ordnung gestört wurde, obwohl Sie sich bewußt waren, daß Sie sich durch Ihr Verhalten mit dem allgemeinen vaterländischen Empfinden in Widerspruch setzten und daß Ihr Verhalten geeignet war, die Allgemeinheit unmittelbar der Gewalt zu belästigen, daß hiedurch die öffentliche Ordnung in ihrem äußeren Bestande gefährdet wurde, und sich dadurch gegen § 360 Z. 11 N.-St.-G.-B. vergangen hat.

Buchdrucker, Kaufmann

Als Beweismittel ist bezeichnet: Schreiner, Pensionist, Jorshheim Hagen, Tüschermesser.

Auf schriftlichen Antrag des Amtsanwalts wird nach den angeführten Vorschriften und nach §§ 447 ff. der Strafprozeßordnung gegen Sie

eine Haftstrafe von zehn Tagen festgesetzt.

Jorshheim, den 18. Juni 1924.

Der Amtsrichter.

Gräbner.

Wozu der Anfangsparagraph doch herhalten muß. Er sagt zwar klar, daß die Störung der öffentlichen Ordnung strafbar ist, aber in Bayern ist eben die Kopfbedeckung aufrührer Männer im Kreise von Kriegervereinen auch schon eine Ordnungstörung oder bildet doch wenigstens den „äußeren Bestand“ einer Ordnungstörung. Das Bestreben, die bayerische Ordnungszelle lächerlich zu machen, haben eben nicht nur Volksgerichte. Es besteht auch bei dem Amtsrichter von Jorshheim.

Sozialistische Kulturwoche in Leipzig.

Man schreibt uns: Die sozialistische Bildungs- und Kulturarbeit dieses Jahres wird in der sozialistischen Kulturwoche gipfeln, die der Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit gemeinsam mit dem Leipziger Arbeiter-Bildungsinstitut in der Zeit vom 2. bis 6. August in Leipzig veranstalten wird. Die Tagung soll einen „umfassenden Ueberblick über alle sozialistischen Kulturbestrebungen und durch Vorträge, Konferenzen, Ausstellungen und künstlerische Darbietungen mannigfache Anregungen für den weiteren Ausbau sozialistischer Kulturarbeit bieten. Zugleich wird eine stärkere Zusammenfassung aller kulturell wirksamen Kräfte und Organisationen innerhalb der Arbeitererschaft angestrebt, und deshalb sollen gleichartige Veranstaltungen wie diese Kulturwoche, in den folgenden Jahren auch in anderen deutschen Städten stattfinden. Einbezogen in die Leipziger Kulturwoche sind Reichstagungen der Arbeiter-Bildungsausschüsse der Kinderfreunde, der sozialistischen Studenten, der sozialistischen Lehrer, ferner ein mitteldeutscher Jugendtag und das Leipziger Gewerkschaftsfest am Sonntag, dem 3. August, auf dem eine große Demonstration für den Sozialismus als Kulturziel und die Durchführung eines Massenfestspiels im Freien stattfinden soll.

Die Leipziger Kulturwoche wird am Sonnabend, dem 2. August, vormittags 9 Uhr, durch die Reichstagung der „Kinderfreunde“ eröffnet, der dann abends um 1/8 Uhr die Begrüßungsfeier im großen Saale des „Volkshauses“, ausgeführt von der Sozialistischen Arbeiterjugend Leipzigs, folgen wird. In den folgenden Tagen finden dann die Konferenzen der verschiedenen Organisationen und die allgemeine sozialistische Kulturkonferenz statt, für die u. a. Redakteur von Heinrich Schulz (Ziel und Inhalt sozialistischer Kulturarbeit), Dr. Lothmann (Das öffentliche Bildungswesen von Staat und Gemeinde), Engelbert Graf (Die wissenschaftliche Arbeit des Sozialismus) und Professor Leo Kestenberg (Sozialismus und Kunst) vorgelesen sind. In einer eigentlichen Kulturkundgebung am Montag abends in der „Alberthalle“ werden Frau Loebe, Reichsjustizministerin a. D. Radbruch und Clara Schmalz-Schuch sprechen. In der „Alberthalle“ werden auch eine Morgenfeier der Jugend und zwei Aufführungen der „Wandlung“ von Ernst Toller im Beisein des Dichters, der im Juli seine Festungshaft beendet haben wird, stattfinden. Bei der Schlußfeier am Mittwoch abends wird der Leipziger Volkschor in der „Alberthalle“ das große Chorwerk „Samson“ von Händel aufführen. Schließlich werden mit der Kulturwoche auch eine Ausstellung sozialistischer Literatur, eine Buch- und Kunstausstellung und Führungen durch die Museen und Bauten der Stadt verbunden.

Die Teilnehmerkarte für die Kulturwoche kostet nur eine Mark. Für billige Unterbringung werden die Leipziger Genossen sorgen. Anfragen wegen Teilnehmerkarten, Unterkunft und sonstiger Auskünfte sind an das Arbeiter-Bildungsinstitut in Leipzig, Braustraße 17, zu richten. In Anbetracht der günstigen Sommerzeit dieser Tagung und der Billigkeit, Reichhaltigkeit und Geborgenheit der in Aussicht stehenden Veranstaltungen, ist der sozialistischen Kulturwoche in Leipzig ein zahlreicher Besuch und reicher Erfolg zu wünschen, der ein imponantes Zeugnis vom starken Kulturwillen der Arbeitererschaft ablegt.

Der Draff-Prozeß.

Ein sonderbarer Schupo-Kommandeur.

SPD. Stettin, 1. Juli. (Fig. Drahtber.)

Zu Beginn des 14. Verhandlungstages wurde Zeuge Hauptmann Collas vernommen. Der Zeuge erfuhr drei Tage nach dem Mord die Namen der Täter und hat dann die Angeklagten finanziell unterstützen helfen. Zeuge Leutnant Brüdemann wurde bald über die Täterhaft eingeweiht. Leutnant Sander war befreit, den Zeugen davon abzuhalten, dem Kommandeur der Schupo von der Sachlage zu erzählen. Das blieb jedoch erfolglos. Das Beruhigungsprotokoll vom 3. Oktober 1922, das bekanntlich die Feststellung enthielt: wir Schupo-Offiziere wissen nichts, ist auch vom Zeugen unterschrieben worden. Jene Vernehmung leitete Major Büchel. Der Zeuge sagt aus, daß der Oberstwachmeister Kriften von der Unwahrheit des Inhalts überzeugt war. Von diesem wurde der Zeuge angehalten, nicht mit Frau Reinhardt über die Sache zu sprechen. Nach Auslage des Zeugen Hauptmann von Monting sollte das Protokoll den Zweck haben, den Verdacht einer Mitwisserschaft von Sander und Collas abzuweisen, wenn Frau Reinhardt weitere Schritte zur Feststellung der Täter unternehmen würde. Der Zeuge hat das Protokoll zum Regierungspräsidium nach Düsseldorf gebracht. Gegen den Zeugen Oberstwachmeister Kriften, Kommandeur der Hamburger Schupoabteilung, der darauf vernommen wurde, schwebt ein Verfahren wegen Meineids (der Prozeß gegen ihn findet voraussichtlich am Dienstag nächster Woche statt). Der Zeuge war auch in belgischer Haft, doch hat er sich den Belgiern gegenüber niemals geäußert. Er bekundet, daß er erst stark zu der Ansicht neigte, daß Reinhardt und Genossen die Täter waren. Als sich Frau Reinhardt an Frau Kriften mit der Bemerkung wandte, daß gewisse Offiziere die Täter kennen, hatte der Zeuge den Befehl zu der Vernehmung vom 3. Oktober 1922 gegeben. Auf viele Fragen des Vorsitzenden verweigerte der Zeuge die Aussage.

Verantwortlich: Für Politik u. Volkswirtschaft: Dr. Fritz Solmich
Für Freistaat Lübeck und Feuilleton: Hermann Bauer.
Für Inzerate: Carl Luidhardt
Verleger: Carl Luidhardt, Druck: Friedr. Mener & Co. Sämtlich in Lübeck.

Als Zwischendediteward nach Südamerika

Erzählung von Heinrich Neuenhagen.

28. Fortsetzung.

Ein brüllendes Gelächter unterbrach da Jonny. „Hör auf, Mensch“, rief Emil, „das ist ja der höhere Num-pig.“ Aber Jonny tat sehr entrüstet. „Mumpitz? Ich glaube wahrhaftig, Ihr glaubt mir das nicht, aber es ist wahr. So wahr, wie Deine Tautomerungen, Emil, wer die nicht gesehen hat, kann sich das auch nicht vorstellen. Aber das Schönste kommt ja erst noch. Auf dem rechten Oberarm hatte der Matrosen-Albert das gutmütige Gesicht einer alten Bauersfrau verewigt. Ein Tuch um den Kopf, nur ein Stück vom Scheitel frei, konnte man fast eine Ähnlichkeit mit ihm selbst feststellen. Es war seine Mutter. Und auf dem linken Arm sah man das Medaillon eines hübschen Mädchens mit dicken, runden Backen; wir lachten immer alle, wenn er sagte: Das ist meine Appel-Miese, wie sie heißt und lebt. Das Bild ist nach einer Photographie, ebenso wie das Bild seiner Mutter, von einem Chinesen in Singapur auf ihm tätowiert worden. Was meint Ihr, was der Matrosen-Albert für Geld damit verdient hat! Der wurde in die feinsten geschlossenen Gesellschaften eingeladen. Habt Ihr 'ne Ahnung!“

„Was würde aus dem Kerl schließlich?“ fragte Reinhold. „Ich hatte eine Zeitlang mit ihm kreuz und quer gewandert, aber er hatte noch wegen einer Schlägerei „Knall“ zu schieben, und das war mir auf die Dauer zu windig, immer wegen seiner die „Polente“ im Nacken zu haben. In Rotterdam trennten wir uns. Er ging auf einen alten Herings-Logger, ich machte mich nach Hamburg. Er war sonst ein keulensguter Kerl, der Matrosen-Albert.“ sagte Jonny gährend.

Auch die anderen wurden müde. Der Dide klopfte seine Pfeife aus und sagte gemächlich: „Es war eigentlich ein ganz interessanter Abend, meine ich, aber nun wollen wir die Nequatoraufseher beschließen, es wird so langsam Zeit. Gute Nacht, morgen früh ist sie rum. Mir schwant so was nie schweres Wetter.“

Die ganze Nacht hindurch hatte der Sturm gewütet, gegen Morgen war das Wetter noch schlimmer geworden. Als Reinhold aus der Küche zurückkam, meldete er in der Kabine, daß draußen kein Mensch weder gehen noch stehen könne. Aber es war noch viel schlimmer. Der gewaltige Schiffskörper bebte förmlich. Schlingend, stampfend und gegen haushohe Wellen ankämpfend, die das Vorderdeck vollständig unter Wasser hielten, bahnete sich das Schiff seinen Weg. Die Maschinen ächzten, und ratternd kam die Steuerkrabe aus dem Wasser heraus, um bei der

nächsten Welle mit dem Achterdeck wieder darin zu verschwinden. Alle Lutten waren geschlossen, und gierig leckten die Wogen bis zur Kommandobrücke hinauf. Die Mannschaften in Decke und Südwester gingen angefeilt auf Wache. Es war sechs Uhr früh. In grellen Blitzen, teilweise taghell erleuchtet, tohten die Gewitter, Schlag auf Schlag rollte der Donner. Seufzend fing sich der Wind in den Gängen, ganze Wasserberge vor sich herziehend. Jonny war ganz kleinlaut geworden, er torkelte in der Kabine hin und her und stöhnte: „Das ist aber furchtbar, man meint, der alte Kerlten wäre glatt am Absaufen.“

„Auch daran mußt Du Dich gewöhnen“, sagte der Dide, seine Pfeife in Brand setzend, „das Wetter werden wir bis Montevideo behalten. Dann kommen wir in die Nähe des La Plata, und es wird wieder ruhiger. Mich geniert's nicht, man kann nur so schlecht gehen auf dem glatten Deck.“

„Sie wollen doch bei dem Hundewetter nicht etwa hinaus?“ „Ich habe keine Lust, mich über Bord wälzen zu lassen. Hier bleibe ich sitzen, bis Sie mich holen!“ Mit diesen Worten steckte sich Jonny eine Zigarette an.

Er brauchte nicht lange zu warten. Die Kabinentür wurde aufgerissen und wuschelnd stürmte der Verwalter herein. „Da sitzt Ihr herum, Ihr Faulenzer“, herrschte er die beiden an; „denk! Ihr, wenn mal die Sonne nicht scheint, braucht Ihr nicht zu arbeiten, das will ich Euch zeigen! Runter in den Proviantraum, vorwärts, den Mehlvorrat aufstauen, aber sehr schnell, sonst melde ich Euch beim „Ersten!“

Des Verwalters Mutausruch prallte wirkungslos ab, denn keiner sprang entsetzt auf, wie er es erwartet hatte. Jonny wollte zwar etwas erwidern, bekam aber vom Diden einen derartigen Blick, daß er gern schwieg. Ruhig legte der seine Pfeife beiseite und sagte: „Komm, Jonny.“ Und sie begaben sich, von einer Wasserwoge fast getragen, nach dem Proviantraum unterm Hinterdeck. Hier sah's schlimm aus. Ueber Nacht war eine Luft offen geblieben und alles stand unter Wasser. Durch das Rollen des Schiffes waren die oberen Mehlhüde heruntergefallen und Schwämmen, genau wie die unteren Lagen im eingedrungenen Seewasser.

„Das ist ja eine nette Bekkerung“, sagte Jonny. Er hielt sich mit beiden Händen an der Abstiegleiter fest, um nicht umzufallen. Hier am äußersten Ende des Schiffes merkte man erst, wie es stampte. Immer hochkommend und wieder aufs neue in die See einschlagend.

„Wir können selber kaum auf den Beinen stehen, und sollen hier nun aufstehen! Himmel Donnerkeil! Wie sollen wir das nun wieder machen?“

„Das werde ich Euch zeigen“, rief der nachkommene Verwalter aus dem Hintergrund. „Zunächst schäpft Ihr das Wasser aus und trocknet den ganzen Raum mit Tüchern gut aus. Dann werden die nassen Säcke zum Fräsen hierher auseinanderge-

legt. Der zweite Bäder kann Euch helfen, der weiß eher Bekheid, obwohl Sie, als Konditor, erst recht Bekheid wissen müssen.“

Er blähte höhnend zu Jonny hinüber, der lachte ihm direkt ins Gesicht und sagte: „Meinen Sie? Na dann machen Sie 'nen Punkt.“ Da ging der Verwalter.

Als der Bäder-Karl herunter kam, saßen die Beiden auf trodnenen Säcken. „Eigentlich müßtest Du den ganzen Dreck allein fegen“, rief ihm Jonny während zu, denn Du hast die Lute aufgemacht und warst sicher zu faul, sie über Nacht zu schließen.“ Wie zwei Kampfhähne standen sich die beiden gegenüber, es fehlte nicht viel und sie hätten geraut. Doch der Dide rief ganz ruhig: „Los! Gemacht muß es werden, wo es erst lange treten.“ Und er sagte den ersten Satz und drehte ihn herum, aber mit allen Zeichen des Entschens schreckte er plötzlich zurück. Er hielt sich die Nase zu und konnte kaum noch lassen. „Kahendred“, dann ersagte ihn eine heftige Uebelkeit. Der Fall wurde nun sehr wichtig untersucht und für richtig befunden. Das ist der „Peter“ gewesen, das Vieh ist seit einiger Zeit unfauber, auch vertrieht er sich immer so ängstlich, wenn er mich sieht, möglich, daß ihm der Requator nicht bekommen ist. Wenn er nur nicht am Ende noch tollwütig wird. Vielleicht hatte der Verwalter recht, der wollte ihn schon lange rauschmeißen, er meinte auch, er würde schon geirrig.“ Jonny schlug vor, ihn fassen zu gehen. Es dauerte nicht lange, Jy hatten sie ihn entdeckt und aufgejagt. Der Bäder-Karl fand ihn hinter einer umgestürzten Tonne und wollte ihn mit kräftigem Griff hervorholen. Aber blühhell sprang ihm das Tier auf die Brust und wollte fauchend seine Krallen ihm ins Fleisch schlagen. Doch mit kräftiger Faust packte ihn Jonny ins Genid, der Bäder künftete ihn mit aller Kraft ab, und von zwei handfesten Fräusen gehalten, sollte er durch das Bulloag verschwinden, aber das Loch war zu und mußten sie mit dem Tier auf Deck. Fauchend und schwanzpeitschend wehrte sich der kräftige Peter, rief dem Bäder-Karl Hund und Brust auf, aber da flog er in weitem Bogen über die Reeling, hinunter in die rollenden Wogen.

„Daß Dir die Kragwunden gut desinjizieren“, sagte der Dide, seine Hände reinigend, „man kann nicht wissen, was dem Tier gefehlt hat, los war etwas damit.“

Der Bäder Karl suchte den Barber zum Verbinden, die Zurückgebliebenen krochen wieder in den Proviantraum hinunter. Weiß wie die Mehlhüde saßen sie schon aus, nun machten sie sich auch auf diesen bequem, und Jonny bedauerte nur, daß er nichts zu rauchen hatte. Da klopfte es an der eisernen Abstiegleiter und eine gedämpfte Stimme rief: „Jonny, seid Ihr unten?“

„Ja“, rief dieser, und es erschien regentrotend Ernst, der Obermatrose.

„Daß mich nur mal einen Augenblick bei Euch ausruhen, uns wirft der Sturm beinahe über Bord. Ich mache jetzt die dritte Fahrt mit, aber so habe ich den Resten noch nicht gegeben, es ist ja Schlimmer, als ob die Welt unterginge.“

(Fortsetzung folgt.)

Maass —

HÖR!



Montag, 7. Juli beginnt unser
Saison-**ausverkauf.**
Die bewährten „Karstadt-Qualitäten“
zu noch **nie** dagewesenen Preisen.
Warten Sie mit Ihren Einkäufern,
verfolgen Sie unsere Inserate.

Karstadt

Freistaat Lübeck.

Donnerstag, 3. Juli.

Aus der Bürgerschaft.

Das Schlageter-Denkmal begraben.

Gewiß, das Schlageter-Denkmal ist begraben. Aber es wäre besser, die ganze Bürgerschaft ließe sich begraben, denn arbeitsfähig ist diese Bürgerschaft doch nicht mehr.

Wer erinnert sich nicht des Wahlkampfes im Februar? Die bürgerlichen Parteien gründeten eine „Wirtschaftsgemeinschaft“ und verkündeten an allen Hausenden und Tischfüßen, daß die alte Bürgerschaft zu politisch gewesen sei und zu wenig wirtschaftlich, daß mehr „sachliche“ Arbeit geleistet werden müsse usw.

Die neue Bürgerschaft bekam dann in der Tat eine bürgerliche Mehrheit. Und nun konnte man gespannt sein auf die „sachliche Arbeit“, auf die „wirtschaftlichen“ Leistungen. Wir glauben nicht, daß auch nur ein bürgerliches Mitglied auf die bisherigen Leistungen stolz ist. Denn diese Bürgerschaft ist überhaupt nicht arbeitsfähig. Sechs Sitzungen streitet sie sich jetzt schon um den Haushalt herum, und sie kommt und kommt nicht vorwärts. Am Freitag geht es weiter, dann am Montag, dann Mittwoch, Freitag, Montag usw. Ist doch bisher kaum mehr als die Hälfte des Stats durchberaten. Und welche positive Kritik wurde bisher geleistet?

Immerhin, der gestrige Abend war der Höhepunkt der letzten Strohdrescheri. Was sich dabei Dr. Wittern leistete, könnte nur noch Mitleid erregen, wenn durch solche Leistungen nicht dabei die Bürgerschaftsarbeit völlig unmöglich gemacht würde. Stellte sich dieser Tribun der Erneuerung und Gesundung des Volkes hinter die Rednertribüne, um seine Verteidigungsrede im Prozeß gegen den völkischen Professor Sander noch einmal vorzulesen. Weshalb er das tat? Damit seine Redeleistung auf Staatskosten gedruckt und verbreitet wird. Die Bürgerschaft hörte mit wachsendem Erstaunen dieser neuesten Methode, seine Privatinteressen vor der Öffentlichkeit auf Staatskosten zu handhaben, zu. Immer klarer wurde es, Dr. Wittern lieft tatsächlich das ganze Manuskript seiner Rede gegen den Direktor Rosenkhal vor. Es wurde dabei immer unerträglich, wie er völlig abwegige Dinge vorzutrug, und wie er in einseitigster Weise als Verteidiger seines Klienten, von dem er bezahlt ist, sein Bürgerschaftsmandat mißbrauchte.

Als er eine halbe Stunde so geredet hatte, da machte schließlich die sozialdemokratische Fraktion ein Ende, indem sie ihn mit fortwährenden Schlußrufen an Weiterreden verhinderte. Dr. Wittern regte sich dabei fürchterlich auf, schrie sich heiser, schimpfte fürchterlich auf Juden und Halbjuden. Sprach in der Erregung von dem „geistigen Tiefstand der Lübecker gebildeten Schichten“ und sprach schließlich die große Weisheit aus, daß er mit den Kommunisten einer Meinung sei, die Hebung des Volkes könne nur von „unten“ erfolgen. Offenbar dachte er dabei an seinen Freund Krawow.

Uebrigens hatte Wittern schon vorher die Einheitsfront mit den Kommunisten hergestellt. Klann und er waren sich darin einig, daß sie gemeinsam den Friedensvertrag von Versailles zerschneiden wollten. Nur über den Zeitpunkt und die Vorbedingungen konnten sie sich nicht verständigen. Wittern will vorher alle Juden aufhängen, Klann aber glaubt die Laternensprüche für andere Zeitgenossen zu gebrauchen. Das ganze nennt sich dann Lübecker Bürgerschaft.

Das wichtigste Ereignis des Abends war bei diesen Sturmheben aber längst überstanden. Es handelte sich nochmals um das Schlageter-Denkmal. Dabei spielten die Demokraten ihre allmählich traditionell gewordene Jammerlappenpolitik. Sie ließen durch ihren Senior Dr. Görz einen Eiergang aufzuführen. Er bedauerte den Antrag, wollte ihm aber trotzdem zustimmen. Er bekam das nötige gesagt, und schließlich waren noch zwei Demokraten im Saal, die andern waren weggeblieben oder hinausgegangen. War ihnen ein Licht aufgegangen? Auch die Hausbesitzer stimmten aus allen möglichen Verzögerungsgründen nicht geschlossen für den Antrag. Und schließlich wurde der ganze Antrag mit 32 gegen 25 Stimmen abgelehnt.

Damit ist diese ganze üble Geschichte hoffentlich aus der Welt geschafft. Die Lübecker Arbeiterchaft wird sich Denkmalsfeiern und Kriegervereinsparaden nicht gefallen lassen. Hoffentlich erinnert sich die Wirtschaftsgemeinschaft endlich ihrer Versprechungen, sachliche Arbeiten zu leisten. Wie lange soll der Jammer noch andauern? Wir befürchten, daß schon die nächste Sitzung kein beschlußfähiges Haus wird zusammenbringen. Und dann wird sich auch Lübeds bürgerliche Bevölkerung bald zurückziehen, nach der Zeit, wo unter Führung der sozialdemokratischen Fraktion entschlossene und sachliche Arbeit geleistet wurde.

Die Wirtschaftsgemeinschaft ist ein völlig arbeitsunfähiges Zwitтерgebilde. An ihr und ihrer völkischen „Witterung“ frantt unser Parlament!

Für Lübeds Aufschwung.

Propaganda zur Wiederbelebung von Handel und Industrie.

Am Dienstag abend hielten die hiesigen Wirtschaftsverbände eine Versammlung im Bürgerchaftssaal ab, in der zu der Frage Stellung genommen werden sollte, wie eine wirksame Propaganda für einen neuen wirtschaftlichen Aufschwung Lübeds am zweckmäßigsten in die Wege geleitet werden könne. Es fand aber nicht etwa eine Aussprache statt, sondern man beschränkte sich auf zwei Vorträge und forderte neben frischer Initiative der einzelnen vor allem Mithilfe des Staates, um Lübeds Hafen und Industrie in der Welt bekannt zu machen, der Konkurrenz anderer Hafenstädte entgegenzutreten und bereits verlorene Positionen wieder zurückzugewinnen. Der Leiter des Nachrichtenamtes, Prof. Mahn, behandelte das Reklamewesen und gab Beispiele, wie eine willensbegründende zugängliche Propaganda mit Erfolg in anderen Ländern, in England und Amerika und auch von unseren Konkurrenzhafenstädten Kiel und Stettin betrieben wird. Daß gerade das Buch Ludendorffs für die Klage herhalten mußte, man verleihe in Deutschland zu wenig Propaganda zu machen, war wohl eine faum zur Begründung des Vorzuges nötige Streife. Im übrigen aber bewegte sich der Vortrag in durchaus für die interessierten Kreise beherzigenswerten Bahnen und gab viele Winke, wie durch Plakate, Inzerate usw. eine wirksame Reklame bewerkstelligt werden kann. Lübeds Wirtschaft beruht auf dem Ostseeverkehr, der zurück und neueroberet werden muß. Die Reklame muß original und spezifisch lübsch sein, Staat und Wirtschaft dürfen keine Mittel scheuen, um eine wirksame Propaganda zu machen. Kleinliche Unternehmen dieser Art sind zwecklos. Das

ganze Wirtschaftsgebiet der Ostsee, der Elbe, von Rheinland-Westfalen, der nordischen Länder, muß großzügig und sachmännisch bearbeitet werden. Alle Ausstellungen müssen von Lübed beschickt, der wirtschaftliche Gegner aufgesucht und bearbeitet werden. Nur große Mittel können helfen.

Zweiter Redner war Herr Jul. Appel, der darauf hinwies, daß neben dem Hafen die Industriewerke den Wirtschaftsfaktor Lübeds bildeten. Unser Hafen sei durch die Aufhebung der Seehafentaxen auf den deutschen Eisenbahnen schwer geschädigt worden. Hamburg und Bremen hätten sich in verstärktem Maße auf den Ostseeverkehr geworfen und die übrigen Häfen suchten mit aller Macht ein neues Betätigungsfeld. Stettin mit Berlin im Rücken habe sich auch andere Vorteile zu erringen und den Verkehr an sich zu reißen bemüht. Lübed sei auf sich angewiesen und könne sich nur selbst helfen. Im beginnenden Verkehr mit Rußland sei Lübed viel zu zurückhaltend. Hauptsache für einen aufblühenden Verkehr sei die Herstellung absoluter regelmäßiger Schiffsverbindungen. Wie man Lübed misglaute, ergebe sich daraus, daß in den nordischen Staaten eine Ostseeverkehrsstärke herausgegeben wurde, auf der Lübed gar nicht verzeichnet sei. Kiel sei in der Propaganda nordisch. So stolz es früher auf den Kriegshafen gewesen sei, so sehr betone es heute seinen Handelshafen. Da müsse Lübed aufpassen, daß der Verkehr nicht an ihm vorbeigehe. Der Werbeausfluß wolle jetzt darangehen, Vorträge mit Lichtbildern in anderen Industrie-Städten, auf deren Güterexport Lübed reflektiere, zu halten. Neben privater Initiative sei es aber auch in erster Linie Pflicht des Staates, helfend einzugreifen. Er sei der Schrittmacher der wirtschaftlichen Entwicklung gewesen, jetzt müsse er auch weiter für sein Gedeihen wirken. Lasse man die Sache laufen, drohten die ernstesten Beschränkungen. Lübed habe früher schwere Zeiten durchgemacht, es erhalte aber neuen Auftrieb, wenn die Männer der Tat eingreifen.

Eine Reihe Lichtbilder vom Hafen, die für Propaganda verwendet werden sollen, wurden gezeigt und zum Schluß folgende Entschliessung angenommen: „Die am 1. Juli zu einem aufklärenden Vortragsabend über Wirtschaftspropaganda im Bürgerchaftssaal Versammelten sind davon überzeugt, daß eine tatkräftig geleitete, umfassende und sachgemäße Propaganda zur Stärkung und Förderung Lübeds im deutschen Wirtschafts- und Verkehrsleben schleunigst ins Werk gesetzt werden muß. Sie sprechen die Erwartung aus, daß der Staat und die gesamte Bevölkerung Lübeds, insbesondere die beteiligten Wirtschaftskreise, sich dieser Erkenntnis nicht verschließen und ungefährdet die erforderlichen Maßnahmen einer wirksamen und umfangreichen Wirtschaftspropaganda für Lübed in die Wege leiten.“ Die Entschliessung soll den gesetzgebenden Körperschaften übermittelt werden.

Der geistige Niedergang des Lübeder Bürgertums.

Das äußere Anzeichen für das geistige Leben einer Stadt ist zunächst ihre Presse.

Wie steht's damit in Lübed? Ueber die bürgerliche Tagespresse ist kein Wort zu verlieren. Es wird kaum einen einigermaßen geistig eingestellten bürgerlichen Politiker in Lübed geben, der an „seiner“ Presse ein gutes Haar ließe.

Aus diesem Grunde hat wohl auch die Repräsentantin des lübschen Bürgergeistes, die Deutsche Volkspartei, ein eigenes Blatt, oder besser gesagt „Blättchen“ gegründet. Wöchentlich einmal erscheint dieses „Aufbau“. Und nennt sich „Lübeder Wochenchrift für Wirtschaft und Kultur“.

Worin besteht diese Lübeder „Kultur“? O jeh! Es ist das geistige Niveau ungefähr des Kampfes gegen die Sozialdemokratie während des Sozialistengeheles. Wir meinen damit nicht einmal in erster Linie die ganz übel unflätige persönliche Beschimpfung einiger Sozialdemokraten. Daran ist jeder anständige Sozialdemokrat gewöhnt, daß am Ende des sachlichen Kampfes gegen ihn immer die ehrenrührigsten Anwürfe lauern. Das könnte man also einem bürgerlichen Blatte für Wirtschaft und Kultur noch durchgehen lassen.

Aber wie steht's mit dem sachlichen Niveau? Daß Herr Dr. Bauer, der geistige Boss des Aufbaus, in seiner Inisch-jungfräulichen Weise die alten Lodenhüter gegen den Marxismus und den Materialismus rührend einseitig wiederholt, ist ja nicht neu. Das ist seine hervorragende geistige Betätigung seit seiner ersten Lübeder Tagen. „Was man nicht kapieren kann, das sieht man als Marxismus an“ — seine beste Entschuldigung. Und wer im Marxismus fortwährend wie eine Tische im Labyrinth herumirrt, dem bleibt selbstverständlich auch der nicht so ganz leicht zu verbauende Unterschied zwischen dem Ideal und dem erkenntnistheoretischen Idealismus ewig auf dem Magen liegen. Gerade diese Verwechslung ist es, die der „Aufbau“ immer wieder zu allen möglichen mitleiderregenden Geistesblühen über die Sozialdemokratie veritelt. Was er z. B. in seiner letzten Nummer über „Ebert und Kant“ schreibt ist so überwältigend komisch, daß es als die beste Selbstverhöhnung des Herrn „Bauer mit der roten Mappe“ wirkt. Darauf gibt es nur eine Antwort: ein Gelächter und ein mitleidiges Achselzucken. Es ist ein beschränkendes Zeichen geistigen Niederganges des Lübeder Bürgertums, daß es solche Dinge sich vorlesen läßt.

Es sind noch andere Stellen darin enthalten. Offenbar aus völkischen Schmutzblättern zusammengetragen. Z. B. wird da der lächerliche Schwindel vorgetragen, daß der Sohn des sozialdemokratischen Oberbürgermeisters Leinert bei dem studentischen Korps „Borussia“ um Aufnahme gebeten hat. Und die gemeine Bemerkung daran geknüpft, daß die ehemaligen Gastwirte und Gewerkschaftssekretäre sich allmählich feudale Mäuren zulegen.

Solch üble Schmutzereien war man bisher nur von völkischer Seite gewöhnt. Jetzt wandelt die Lübeder „Volkspartei“ in diesen edlen Fußstapfen.

Aber das genügt noch nicht. Da das Niveau des Aufbaus gewisser Kreise auch mit solchen Scherzen offenbar zu hoch ist, steigt er noch eine Stufe tiefer. Um dem Wasserklosett der ehemaligen „Freiheit“ und seinem unterschiedlichen Gebrauch einen kleinen Artikel zu widmen.

Ein köstlich Bild: Man stelle sich die lyrische Jungfer, Dr. Bauer genannt, Bürgerchaftsmitglied in Lübed, vor, wie sie ihre nauwefische Nase in das Spülklosett der „Freiheit“ steckt. Das Bild weiter zu illustrieren müssen wir uns verjagen, aus Rücksicht auf den guten Geschmack. Leicht fällt es aber nicht.

Und diese Leute widmet dann den geistigen Arbeitern einen kleinen Artikel. Ueberhaupt: Weshalb so wenige Akademiker der sozialdemokratischen Partei angehören.

Darauf gibt es eine sehr einfache Antwort: Die sozialdemokratische Partei hat vielfach mit den sogenannten „geistigen“ Arbeitern sehr schlechte Erfahrungen gemacht. Bei näherem Zusehen stellte sich nämlich heraus, daß ihre Bildung ein bißchen war, daß ihr Akademikertum hohle Phrasen, daß ihr sogenannter Intellekt sich von dem eines gut dressierten Papagei nur wenig unterschied. Kennen Sie diese Art vor Akademikertum nicht auch, Herr Dr. Bauer?

Nein? Dann schau Sie in den Spiegel! Oder sehen Sie sich in Ihren Kreisen, besonders in der Bürgerschaft, etwas um.

Lübeder Bürgerschaft.

Ablehnung des Schlageter-Denkmal. / Demokraten im deutschvölkischen Fahrwasser. Sturmheben bei Dr. Witterns Anwaltsrede.

b. Lübed, 2. Juli.

Beratung des Haushaltsplans.

Die Debatte wird fortgesetzt beim Titel

Bestattungsweisen.

Bei dem Wahlvorschlag zur Kommission betr. Prüfung der Vorgänge im Wohnungsamt erklären die Hausbesitzer, daß die Völkischen ihnen einen Mann mehr bewilligt und auf den ihnen zustehenden Sitz verzichtet hätten. — Haut (Soz.) widerspricht diesem sonderbaren Tausch, da er den Abmachungen im Wellektensausfluß widerspreche. — Die Völkischen erklären auf diesen Einwand, daß sie nunmehr auf ihren Sitz in der Kommission nicht verzichten würden.

Es wird in der Besprechung über den

Schlageter-Rummel.

fortgefahren. Klann (Komm.) weist auf die Machenschaften der rheinischen Großindustrie mit den Franzosen hin, die den Ruhrkampf schon lange vorher entschieden hätten. Die Krupp und Konsorten seien die eigentlichen Verbrescher. Dem deutschen Volke gaulle man nur blauen Dampf vor. Die Vaterlandsliebe der Kruppleute gehe nur so weit, als ihr Geldsack nicht in Gefahr komme. Unter dem Deckmantel der heutigen nationalistischen Propaganda wolle man neue Geschäfte machen. Den Rechtsparteien käme es weniger auf ein Schlageterdenkmal an, sondern darauf, einen neuen nationalistischen Rummel zu entfachen. (Widerpruch auf der Rechten. — Leb. Zuzufe der Komm.) Selbst Krupp habe Produktionsverhebungen vom unbesetzten ins besetzte Gebiet vorgenommen, weil er dort bessere Geschäfte zu machen hoffe. Die deutschen Kapitalisten hätten sogar Anilinwert-Aktien an die Franzosen verkauft. Das ganze Vorgehen der Rechtsparteien drehe sich nur um Geschäftemachen. Die Arbeiterchaft sei sich darin einig, daß sie sich von dieser kapitalistischen Gesellschaft nicht mehr in einen Krieg begeben lasse. Viel mehr als der Friedensvertrag von Versailles würden die Kapitalisten das Volk bedrücken. Dieser Vertrag könne erst zerrissen werden, wenn das deutsche Proletariat die Kapitalisten niedergeschlagen habe. (Der Redner erzählt in seinen weiteren Ausführungen großen Widerspruch der Rechten, dem ein solcher der Linken folgt.) Bei dem Antifaschistenappell auf dem Burgfeld sei den Militaristen das Fell leider nicht genug gegerbt worden. Die Arbeiterchaft müsse den Schlageterleuten die Unternahmen verfallen und das Feld säubern. Das Proletariat werde sich der Aufstellung eines solchen Denkmals widersetzen. — Dr. Görz (Dem.) bezweifelt, daß etwas Ersprießliches aus der Schlageterdebatte herausgekommen sei. Nur persönliche Ausfälle seien zu verzeichnen. Er selbst halte Schlageter für einen Menschen, der das Beste gewollt habe. Ueber die Tat und deren Folgen könne man anderer Ansicht sein. Schlageter sei keineswegs vom Parteidreibe getrieben, deshalb stimme er dem Antrag zu. (Zuruf Dr. Leber: Echt demokratisch! — Kennt Euch doch völkisch! — Haut: Ein Skandal!) Es frag sich aber, ob es richtig war, einen solchen Antrag zu stellen. Man sollte einen derartigen Antrag deshalb nicht stellen. (Zuruf bei den Soz.: Wenn Sie die Rede ihres Parteifreundes General Schönath bei der Rathenaufreier gehört hätten, müßten Sie sich die Augen aus dem Kopf schämen. — Leber: Sehen Sie sich doch

eine schwarz-weiß-rote Mütze auf! Weiterer lebhafter Widerspruch bei den Soz. und Komm. Fortwährendes Läuten der Glocke des Präsidenten.) Meine Vergangenheit sollte dafür bürgen, daß man mich nicht mit Schmutz bewirft. Das Volk ist noch nicht reif, um solche Gedanken hier vorzutragen und zur Durchführung zu bringen. — Ewers (Wirtschaftsg.) beantragt Schluß der Debatte, der mit 25 gegen 25 Stimmen abgelehnt wird. — Mundt (Komm.) erklärt, der Vorredner habe endlich gesagt, was die Rechte wolle: einen rücksichtslosen hinterlistigen Ueberfall auf das Proletariat. (Mit Ausnahme von 3-4 Mann verläßt die Rechte den Saal.)

Haut (Soz.) stellt an Dr. Görz die Frage, ob er für sich persönlich oder für die demokratische Fraktion gesprochen habe. (Dr. Görz schweigt.) Andere Mitglieder der demokratischen Partei hätten von diesen Dingen denn doch eine wesentlich von Dr. Görz abweichende Meinung. (Zuruf bei den Soz.: Das sind aber keine Lübeder Demokraten!) Der Parteifreund von Dr. Görz, General von Schönath, habe den Schlageterummel schärfer gebrandmarkt als es ein Sozialdemokrat tun könne. Er sagte, daß er früher ein überzeugter Anhänger der schwarz-weiß-roten Fahne gewesen sei, aber nachdem er einen solchen verheerenden Skandal gesehen habe, stehe er frei zur Flagge schwarz-rot-gold. Der Redner erklärt, seine Fraktion werde es sich in Zukunft überlegen, ob sie im Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold weiter mit solch unsicheren Kantonisten zusammenziehen könnten. Wenn Herr Dr. Görz eingeschlagen habe, daß beratende prozogenierende Anträge die Erregung steigern, dann hätte er es unterlassen müssen, diese Erregung noch selber aufzupeitschen. Der Redner verweist dann auf die neuesten Vorkommnisse beim Schlageterummel in Neubrandenburg, wo der zylinderbewehrte Ludendorff unter dem Tamtam der sogenannten republikanischen Reichswehrkapelle die Parade der Halenkreuzler abnahm und wo es zu Messerstechereien kam. Bei der Rathenaufreier habe die Reichswehrkapelle nicht mitgewirkt. Schon angefaßt der Prügeleien und Messerstechereien bei derartigen nationalistischen Feiern an anderen Orten und der Erregung in der Bürgerschaft sei der Antrag zu verurteilen. Wenn der Senat ihm folge, seien Standalzenen unausbleiblich. Die Sozialdemokratie würde nicht zurückhalten, wenn die Bürgerlichen glaubten, ihnen auf diese Art entgegenzutreten zu können. Er appelliere nicht an die Hirnverbrannten, sondern an die richtigen Mitglieder der Bürgerschaft, denen es darum zu tun sei, Ruhe und Ordnung im Staate aufrechtzuerhalten. Wer hierfür einträte, werde nicht für den Antrag stimmen. Eine nationalistische Sege werde man hier nicht zulassen. Die bürgerlichen Parteien hätten es in der Hand, ob es zu Gewalttätigkeiten kommen soll oder nicht. (Bravo! bei den Soz.)

Heilborn (Komm.) läßt sich über den Mannheimer Kommunistenprozeß aus. Französische wie deutsche Kapitalisten feiern sich im Prozege gegen die Kommunisten einig. Die weiteren Ausführungen des Redners ergeben sich erst in der Bekämpfung des Kapitalismus und leiten dann zur Verleumdung der Sozialdemokratie und persönlichen Anzapfung Dr. Lebers über. Der Schluß ist ein Loblied auf Rußland, das dem Felden der zweiten

Internationaler, Macdonald, auf die Finger klopfen werde. Nur die deutsche und die Weltrevolution würden das deutsche Volk befreien. — Schlösser (Deutschpöhl.) erklärt es als Standaß, daß man hier solche Obstruktion treibe, um die Errichtung des Denkmals für einen deutschen Mann zu hintertreiben. Schlösser frägt wie General Schönach hätten dazu beigetragen, daß es soweit gekommen sei. (Zuruf bei den Soz.: Herr Dr. Götz, hören Sie genau zu!) Es sei traurig, daß man hier keine eigene Meinung haben dürfe. (Zuruf: Ihre Meinung ist der Revolver!) Die schwarz-weiß-rote Fälschung habe der Internationalismus in der Schmutz gezogen. — Persönlich bemerkt Dr. Leber gegen über Heilborn, dieser entwidelt sich allmählich zum Scholern der Lübecker Bürgerwehr. Ferner stellt Leber auf Vorwürfe Heilborns fest, daß er als jüngstes Mitglied der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion selbstverständlich nicht unter den 12 Ausschußmitgliedern sei, die die Fraktion zu stellen habe. Wohl aber sei er Stellvertreter sowohl im Steuer Ausschuß wie im Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten. Er nehme mit beratender Stimme immer an den Sitzungen teil.

Die namentliche Abstimmung über den Antrag betreffend Schlageter-Denkmal ergibt 32 Stimmen mit Nein, 25 mit Ja! Ein Mitglied enthielt sich der Stimme. Der Antrag ist somit abgelehnt. (Bravo! links.)

Rosenquitt (Wirtsch.) erkundigt sich nach dem Verbleib der im vorigen Jahre angeschafften Uebersätze. — Stalter (Wirtsch.) bemängelt eine von der Friedhofsbehörde angestellte Rechnung. Es fehle jegliche Spezialisierung der geleisteten Arbeit. — Ridel (Komm.) lehnt den Etat der Friedhofsbehörde ab. Ein Arbeiter könne die Bestattungsgebühren nicht zahlen. Der Staat müsse kostenlos beerdigen. — Der Antrag Ridel, die Bestattung kirchlich zu streichen, wird abgelehnt.

Unterrichtswesen.

Hierzu liegt ein Antrag Geister vor, die Baugewerkschule wiederzuerrichten. — Dr. Wittern (Wirtsch.) geht im Auftrag der völkischen Gruppe auf das Urteil gegen den Prof. Sanders ein. Damit seien die Disziplinärverfahren, in deren Mittelpunkt Direktor Rosenthal stehe, erledigt. Er richte deshalb an den Senat die Frage, was er zu tun gedente, um die unhaltbaren Zustände am Katharineum zu beseitigen. Das im Volksboten veröffentlichte Urteil sei richtig, lasse aber das Wahre nicht ahnen, was dahinter stecke. Dieses Verfahren habe sogar die Fundamente der Justiz berührt. Die Verhandlung habe ergeben, daß die Behauptung Sanders, Direktor Rosenthal sei aus Eifer zusammengekehrt, nicht bestritten werden konnte. Dagegen sei Prof. Sanders attestiert worden, daß er eine charaktervolle Persönlichkeit sei, die nur das Interesse der Schule gemahrt habe. Der Redner geht auf Einzelheiten der Verhältnisse am Katharineum ein, wie sie sich in den Köpfen Witterns-Sanders nach den Angaben eines Lehrers-Vertrauensausschusses (Svibelanschuß) entwickelten, und verurteilt nachzuweisen, daß Rosenthal sich einer falschen Aussage schuldig gemacht habe. Die Öffentlichkeit sei belogen worden. (Widerspruch bei Ewers (Wirtsch.)) — Zuruf bei den Soz.: Wir lassen uns diese Rede nicht gefallen. Sie verstoßt reine Privatangelegenheiten! Als der Redner versucht, weiter zu sprechen und seine subjektive Anschauung über das Disziplinärverfahren breitzutreten, wird er durch große Unruhe daran gehindert, so daß der Vorsitz die Sitzung verlegt.

Inzwischen trat der Vertrauensausschuß zusammen, der durch Hansi erklärt hat, daß der Redner wohl das Recht habe, zum Schluß zu sprechen, aber es sei parlamentarisch unzulässig, hierbei auf die Frage der Justiz einzugehen. Ueber den Prozeß

Sanders-Rosenthal dürfe nicht gesprochen werden. — Wittern (Deutschpöhl.) betont, er habe keine Ausführungen zur gemacht, um den Niedergang des Katharineums zu verhindern. Der Redner erhebt schwere Vorwürfe gegen die Oberprüfungsbehörde, die ihm das Material vorenthalten habe, das unrichtige Angaben Rosenthals enthalten hätte. Als objektives Material gegen Rosenthal vorgelegt habe, sei man trotzdem nicht eingeschritten. Wohl aber habe man gegen Prof. Sanders ein Disziplinärverfahren eingeleitet. (Als der Redner sich auf die Hamburger Worte bezieht, entfährt wieder großer Lärm und anhaltendes Erörtern der Glocke. — Der Redner erhebt sich weiter auf Anzüglichkeiten gegen Dr. Leber.) Er habe kein Vertrauen zur Oberprüfungsbehörde und glaube nicht, daß der Senat das tue, was er längst hätte tun sollen. Dem Zustand am Katharineum müsse ein Ende bereitet werden. Er verlange von der Behörde eine zufriedenstellende Erklärung, daß sie in dieser Sache etwas unternehme. — Senator Ewers weist darauf hin, daß der Prozeß eben erst beendet und die Urteilsbegründung noch nicht erledigt sei. Deshalb habe die Oberprüfungsbehörde dem Senat noch nicht berichten können. Er behaupte, daß in diesem Zeitpunkt schon so schwere Beschuldigungen erhoben würden. — Dinter (Hausbes.) spricht für Wiedererrichtung der Baugewerkschule und stellt einen diesbezüglichen Antrag. — Ewers (Wirtsch.) polemisiert gegen Dr. Wittern, der jeden objektiven Blick verliere habe. Das Gericht habe die von Wittern angeführten Vorwürfe als unhaltbar festgestellt und Direktor Rosenthal freigesprochen. Im Namen der Lübecker Justiz protestiere er gegen diese einseitigen und unwahrscheinlichen Ausführungen. Die einseitige Kampfsweise Dr. Witterns schänke die Sympathien aller rechtlich denkender Menschen dem Direktor Rosenthal zu. Dr. Wittern handle unter suggestiven Einfluß. (Großer Widerspruch Dr. Witterns. Lärm im ganzen Saale.) Die Oberprüfungsbehörde solle sich durch die Ausführungen eines Mannes, der jeder Objektivität entbehre, nicht betören lassen. — Ein Antrag Wollfradt auf Schluß der Debatte wird mit Hilfe der Kommunisten durchgesetzt. — Prof. Breinia (Wirtsch.) fordert bessere Heizung der Schulen. — Dr. Wittern (Wirtsch.) erhebt aus der Beurteilung der Sache Rosenthal-Sanders in der Bürgerwehr den Tiefstand der Lübecker gebildeten Schichten. Deshalb seien ja die Völkischen mit den Kommunisten der Meinung, daß die Erneuerung des deutschen Volkes nur aus den unteren Schichten erfolgen könne. Er selbst sei gerichtlich als der objektive Mann beurteilt worden. (Zuruf Dr. Leber: Der Mann gehört nach Streckmühl!) Er lehne es ab, sich mit Herrn Ewers auseinanderzusetzen. Im Katharineum müsse Wandel geschaffen werden. — Rehmer (Soz.) sagt, Herr Dr. Wittern hätte mit seinen Anklagen erst an die Oberprüfungsbehörde gehen sollen. In diesem Augenblick seien dessen Vorwürfe der Pflichtverletzung unberechtigt. Die Oberprüfungsbehörde sei mit Anträgen dieser Art reichlich bedacht worden und habe ihnen mehr Aufmerksamkeit geschenkt als nötig sei. Neben der Schärfe Dr. Witterns sei zu bedauern, daß er die Tätigkeit in der Bürgerwehr zugleich als Anwalt für seinen Klienten benutze. — Dietrich (Hausbes.) beantragt, den Betrag für Lernmittel für bedürftige Schüler und Schülerinnen von 20 000 auf 50 000 Mk. zu erhöhen. — Dr. Wittern (Wirtsch.) sagte, er habe seit Mai 1922 keine Angriffe in der Sache Rosenthal mehr erhoben. Wenn er jetzt schweige, würden die Steine reden. — Senator Dr. Kallbrenner bittet, falls der Antrag des Herrn Dietrich angenommen wird, gleichzeitig für Deckung zu sorgen, andernfalls ihn abzulehnen. — Dietrich (Hausbes.) meint, man müsse das Geld für Lernmittel eben daher nehmen, wo man den Ausfall für die abgelehnte Gewerbesteuer hole. Er ändert seinen Antrag in 30 000 Mk. um. — Bei der Abstimmung beweist Wollfradt die Beschäftigtheit des Hauses. — Die Sitzung wird deshalb um 10 Uhr auf Freitag abend verlegt.

ner — er schätz die Zahl auf sieben — in seine Wohnung gelockt und sie in einem pathologischen Kaufzustand ermordet zu haben. Zwei junge Männer, die er umgebracht hat, bezeichnet er mit Namen, während er die Namen der anderen Opfer nicht kennen will. Die Körper der Getöteten hat er in die Leine oder sonstige Gewässer geworfen oder auf Friedhöfen und Anlagen vergraben. Neben Hamann sind noch mehrere gleichverurteilte Leute, die zu ihrem Freundeskreis zählen, festgenommen worden. Nach dem bisherigen Verhalten Hamanns ist anzunehmen, daß das Kontinuum seiner Verbrechen weit größer ist, als er bisher angegeben hat. Die Erregung in der Bevölkerung Hannovers über diese entsetzlichen Untaten ist außerordentlich groß.

Eine neue Nummer ist der „Arbeiterlandbote“ der Sozialistischen Partei, der Breslauer Stadtwortführer Franz Klementa. Ehre, dem Ehre gebührt, sagten sich die bürgerlichen Kollegen Klementas und wählten ihn als Beisitzer in den Vorstand der Stadtwortführerversammlung. „Doch mit dem Geschicklichen Mächten ist kein ewiger Bund zu schließen, denn das Unheil schreitet schnell.“ Klementa legte plötzlich sein Mandat nieder, weil ihm zur Kenntnis gekommen war, daß man sich für kein Vorleben interessierte, das überreich an Vorstrafen ist. Allerdings sind es keine ehrenden Narben, die sich Herr Klementa im politischen Kampfe geholt hat, sein Vorstrafenregister heißt vielmehr vor: 5. März 1902: Diebstahl, 3 Wochen Gefängnis; 26. Juni 1905: Diebstahl, 2 Monate Gefängnis; 10. September 1908: Diebstahl, 2 Monate Gefängnis; 16. Dezember 1909: Körperverletzung, 5 Mk. oder 1 Tag Haft; 21. März 1910: Diebstahl, 4 Monate Gefängnis; 10. Mai 1912: Diebstahl, 9 Monate Gefängnis; 2 Jahre Ehrverlust; 23. Februar 1917: Anstiftung zum Diebstahl und Hehlerei, 4 Monate Gefängnis; 4. Dezember 1919: Hehlerei, 1 Woche Gefängnis. Jetzt 35 Jahre alt, hat Klementa also schon vor frühesten Jugend an seinen „Kampfen gegen das Kapital“ geföhrt. Unsere Kenntnis reicht nicht so weit, um sagen zu können, ob er nur Juden bestohlen hat. Aber vorwärts gekommen ist er im Leben. Während er zuerst selbst stahl, ließ er zuletzt andere für sich stehen.

Ein neuer Polarflug projektiert. Aus Neunport wird italienische Blätter gemeldet, daß die dort erscheinende italienische Zeitung „Improgesso Italo-Americano“ angeboten habe, die Kosten zu einem italerischen, unter Leitung des Fliegens Locatelli stehenden Nordpolflug bis zur Höhe von 2 Millionen Lire zu übernehmen. An diesem Fluge sollte auch Mundschen teilnehmen. Nach dem „Corriere della Sera“ steht Mussolini dem Vorhaben gänzlich gegenüber.

Die Katastrophe von Ohio. Der Sachschaden im Staate Ohio wird auf 65 Millionen Dollar geschätzt. Aus Kanada sind 2000 Zelte für die vorläufige Unterbringung der Obdachlosen geholt worden. Es befähigt sich, daß ein Ausflüchtler-Hilf auf dem Erie See mit seiner 2000 Passagieren untergegangen ist. Zahlreiche kleinere Schiffe hat das gleiche Los ereilt.

Ein offener Brief an den Reichstag.

Mit einem Offenen Brief wendet sich der Deutsche Mieterbund (Sitz Berlin) in Nr. 9 der „Allgemeinen Deutschen Mieterzeitung“ vom 15. Juni d. Js. an den Deutschen Reichstag. Ausgehend von der Opferwilligkeit des deutschen Volkes wird die derzeitige Lage im Wohnungswesen geschildert und u. a. gesagt: Die Zahl der wohnungslosen Familien in Deutschland wird auf 1 1/2 Millionen geschätzt. Daß diese Zahl fast genau stimmen muß, ergibt sich aus der Tatsache, daß in den vier Kriegsjahren (entsprechend dem Friedensbedarf) je 200 000 gleich 800 000 Wohnungen und in den fünf verfloßenen Nachkriegsjahren mindestens je 150 000 gleich 750 000 Wohnungen, zusammen also 1 550 000 Wohnungen hätten erstellt werden müssen, während tatsächlich nur etwa 300 000 geschaffen worden sind. Die hiernach fehlenden 1 250 000 Wohnungen müssen also im Laufe der Jahre über den normalen Mehrbedarf von jährlich 150 000 Wohnungen hinaus erschaffen werden, um die Bevölkerung auch nur notdürftig menschenwürdig unterbringen zu können. Bis dahin lebt das deutsche Volk unter noch schlechteren Wohnungsverhältnissen als sie leider schon vor dem Kriege waren, und die Folgen dieses Zustandes sind Tuberkulose, Säuglingssterblichkeit, Rhachitis, Difterie und Verbrechen.

Die Wohnungsfrage muß daher als Frage des Volkswohles und nicht als eine Frage reiner wirtschaftlicher Interessenspolitik angesehen werden. Es wird ohne weiteres zugegeben, daß der Hausbesitz in den Jahren seit Kriegsausbruch schwer gelitten hat, doch hat er allen anderen Volksteilen gegenüber den Vorteil, daß er aus Krieg und Inflation seine Schwere geteilt und fast reiflos alle Hypotheken abgelöst hat. Es geht nicht an, daß der kleine Sparer, der sein Geld zu niedrigem Zinsfuß auf die Sparkasse geteilt oder seine wenigen Goldstücke, das Ergebnis jahrzehntelanger Sparsamkeit in Kriegsamthe angelegt hat, alles verliert und außerdem in seiner Eigenschaft als Mieter noch die Zinsen für die Aufwertung der Hypothekendarlehen aufbringen soll. Gedrängt von den Inflationsrenten des Hausbesitzes und des Baugewerbes, hat die Reichsregierung das vom Reichstage bis zum 30. Juni 1926 beschlossene Mietengesetz grundlegend angefaßt, indem sie im § 27 der dritten Steuernovellierung die Länder ermächtigte, die Mietzinsbildung abweichend von den Vorschriften des Mietengesetzes zu regeln (Absatz 1) und außerdem bestimmte, daß die Mieter allmählich den Friedensmieten angenähert werden (Absatz 3). Diese Vorschriften sind getroffen worden, obwohl hierfür keine Notwendigkeit besteht, auch nicht im Interesse der Instandhaltung und Instandhaltung der Häuser und Mieträume.

Es ist bekannt, daß von der Friedensmiete im Durchschnitt 65 Prozent für die Kapitalverzinsung, 10 Prozent als Gewinn des Hausbesitzes, 25 Prozent zur Deckung der Bewaltnungs-, Betriebs- und Instandhaltungskosten bestimmt waren. Infolge der Enteignung der Hypothekengläubiger ist der Zinsdienst fast durchweg ganz weggefallen. Der Gewinn des Hausbesitzes bedarf bei der heutigen Bewaltnung, Verwaltnung und Unterernährung des deutschen Volkes einer gründlichen Herabsetzung. Der Satz von 25 Prozent für die Bedürfnisse von der eigentlichen Hausbewaltnung aber ist durch die Miesspekulation der Länder bereits weit überhöht; denn bei hierfür angelegte Bruchteil der Friedensmiete beträgt im Mindestfalle (so in Braußen) 38 Prozent, das sind 18 Prozent mehr als in der Vorkriegszeit.

Die Deutsche Volkspartei hat es unternommen, im neuen Reichstag den Antrag einzubringen, daß das Mietengesetz am 31. Dezember 1924 außer Kraft treten soll und daß bis spätestens 31. März 1925 die Friedensmieten wiederhergestellt werden sollen. Es erregt geradezu Entsetzen, wenn man sieht, wie wenig diese Partei, die sich auch „Volkspartei“ nennt, auf die Interessen nicht etwa nur der Mieter, sondern der Gesamtheit des deutschen Volkes und der Volkswirtschaft Rücksicht nimmt. Sollen die kapitalkräftigen und steuerkräftigen Schichten bei der Regelung der Reparationsfrage wiederum geköhnt werden und sollen die Reparationskosten im Wege der Miesspekulation („Hauszinssteuer“, „Hausrente“ usw.) der Mieterschaft aufgebürdet werden? Sollen gerade die minderbemittelten und unbedingten Volksschichten, die Kriegshinterbliebenen, die Kriegs-, Sozial- und Kleinrentner, die Beamten, Angestellten und Arbeiter, die Erwerbslosen und Kurzarbeiter, die Arbeitslosenempfänger usw. auf dem Wege über die Mietspekulation die Reparationskosten aufbringen? Die Wiederherstellung der Neubautätigkeit ist angeblich das Ziel das mit der Wiederherstellung der Friedensmieten erreicht werden soll. Der Neubau rentiert sich heute bekanntlich erst bei 2 1/2 bis 3fachen Friedensmiete. Die Baukosten allein (ohne die teure Kapitalbeschaffung) betragen etwa 35 Prozent mehr als in der Vorkriegszeit.

Der Mieterbund ist es klar, daß der von der Deutschen Volkspartei im Interesse des Hausbesitzes unternommene Vor-

Achtung, Gewerkschaftsgeossen!

Am 12. und 13. Juli hält das vereinigte Trommler- und Pfeiferkorps vom 3. Kreis des Arbeiter-Turn- und Sportbundes einen Kreis-Korpsstag in Lübeck ab. Etwa 800 bis 1000 Turn- und Sportgeossen werden von auswärts erscheinen. Für die Unterbringung dieser Geossen wird für eine Nacht Quartier benötigt. Wir bitten alle Gewerkschaftsgeossen, die für die Nacht vom 12. auf 13. Juli eine Unterkunftsmöglichkeit bieten können, ihre Adresse auf dem Gewerkschaftssekretariat, Johannistr. 48 pt., oder bei den Gen. P. Krell, Bismarckstraße 29 III, E. Neumann, Reiferstraße 33a und F. Lender, Hundestraße (Sportheim) anzugeben. Geossen und Geosseninnen! Zeigt aller Welt, daß die Arbeiterkraft trotz aller Schwierigkeiten in der Lage ist, ihre Tagungen abzuhalten. Wer ein Bett oder eine Schlafstelle für eine Nacht hat, der melde sich. Der Vorstand des A. D. G. B. Dreger.

Nicht identisch. Der Inhaber des Restaurants Corfo erkaufte uns mitteilen, daß er mit dem in den Hafendiebstahlprozess verurteilten früheren Gastwirt Manthe nicht identisch ist.

Seminare in der Döfse. Neuerdings sind wieder in der Ostsee treibende Minen angefaßt worden, die von russischen Minenpertern im finnischen Meerbusen betrieuert sollen. Die Beseitigung dieser sehr tief liegenden Sperren haben die Uferstaaten übernommen, jedoch haben auch die deutschen Kreuzer „Hamburg“, „Medusa“ und „Dietrich“ sowie die 1. Torpedobootsflottille Anweisung erhalten, die nordischen Gewässer auf treibende Minen zu kontrollieren.

Die Einwanderung in den Vereinigten Staaten. Im ersten Halbjahr 1924 betrug die Zahl der Einwanderer in die Vereinigten Staaten rund 500 000. An der Spitze steht Deutschland mit 80 000. Es folgen dann England mit 55 000, Schweden mit 45 000, Italien mit 40 000, Mexiko mit 40 000, Skandinavien mit 24 000, Polen mit 17 000 Einwanderern. Die Zahl der Freewilligen, die besonders aufgeführt sind, betrug 45 000. Dagegen sind nur 44 000 Amerikaner ausgewandert.

Badeanstalt Falkendamm. Wasserwärme heute früh 10 Uhr 18 1/2 Grad, Luft 17 Grad.

Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

Sozialdemokratische Frauen! Am Sonntag, dem 6. Juli, nachmittags 2 Uhr: Ausflug nach Schwabau mit Kindern. Sammelplatz 1 1/2 Uhr Marktplatz. Der Ausschuß.

Sozialdemokratischer Verein. 12. Distrikt. Morgen, Freitag, Redner Gen. John.

Angrenzende Gebiete.

Schwarze-Renjewald. Zur allgemeinen Beachtung! Den Lesern, Interessenten und Freunden des Lübecker Volksboten zur geist. Nachhilfe, daß von uns an Jaxerats für das Blatt auch beim Gewissen Johs. Keitelhohn, Lübecker Straße 23, angenommen werden. Manchem wird durch diese Jaxeratsnahme ein unangenehmlicher Pleg oder Porto nach Lübeck erspart. Bei der weiten Verbreitung des Lübecker Volksboten in unserem Bezirk finden Vertrabende die größte Beachtung und wir hoffen, daß der Respektierung jeder Gebühre gemacht wird.

Kiel. Die Kieler Wahlen vom 4. Mai gältig. Die Wähler sind gewarnt, erstens die Stimmzettel zu ver-

lung auf Grund von Einsprüchen die Wahlen vom 4. Mai für ungültig. Am 1. Juli hatte sich nach der Bezirksauschuß in Schleswig mit dieser Angelegenheit zu befassen. Er verwarf die gegen das Wahlergebnis erhobenen Einsprüche und erklärte die Wahl für gältig.

Hamburg. Neuer Chef der Ordnungspolizei. Der frühere Generalstabsoffizier Danner ist unter Beförderung zum Oberst vom Senat zum Chef der Ordnungspolizei ernannt worden. Danner ist Mitglied der sozialdemokratischen Partei. Seine Ernennung erfolgte trotz der ablehnenden Verleumdungen unserer „nationalen Kreise“. — Ein Sozialdemokrat als Rektor der Universität. Die Hamburger Universität wählte den Staatsrechtslehrer Prof. Dr. Laun zum Rektor für das kommende Jahr. Prof. Laun, der bald nach Gründung der Universität als Professor für öffentliches Recht von Berlin nach Hamburg berufen wurde, ist Mitglied der sozialdemokratischen Partei. Er ist der Schwiegerohn Rudo Hartmanns, des ersten österreichischen Gesandten nach der Revolution in Deutschland. Mit Laun ist zum erstenmal ein Sozialdemokrat zum Rektor einer deutschen Universität gewählt worden.

Goldberg i. M. 10 Gebäude eingedächert. In dem in der Nähe der Stadt Goldberg gelegenen Domanaldorfe Below entand ein Schabenfeuer, das einen größeren Umfang annahm, weil die Gebäude durchweg mit Stroh bedeckt waren. Das Feuer ging auf in dem alten Wohnhause des Hofbesizers Schröder. Sämtliche Gebäude Schröders bis auf das neue Wohnhaus wurden ein Haus der Flammen. Mit großer Schmelzigkeit sprang dann das Feuer über auf die Gebäude der Hofbesizerswitwe Köster und des Hofbesizers Wögin. Ebenso wurden die Gebäude des Hofbesizers Diekmann von den Flammen ergriffen und eingedächert. In ganzen sind 10 Gebäude ein Raub der Flammen geworden. Vieh ist, da es meistens auf der Weide war, nicht verbrannt. Als Entstehungsursache wird ein schadhafter Schornstein genannt.

Hensburg. Zum Untergang des Dampfers Thor. Mit Hilfe von dänischen Marinefliegern wurde das Wrack des am Sonnabend untergegangenen Dampfers Thor aufgefunden. Durch Zaucher wurden drei Leichen geborgen. Ueber die Ursache des Unglücks nimmt man an, daß das ungewöhnliche Verhalten der Ladung im Verein mit einem zu plötzlichen Steuer-mandover des Schiff, das starke Schlagseite erlitten hatte, die durch den Druck von Wind und See und vielleicht durch Verschlebung der Ladung erhöht wurde, zum Kentern brachte.

Vermischte Nachrichten.

Explosion in einer Kohlegrube. Auf der Grube Pauline bei Dörmteub bei Halle ereignete sich eine Gasexplosion. Dabei fanden der Bauführer Hertel, ferner die Bergleute Delmann, Berger und Beter den Tod. Die näheren Ursachen des Unglücks sind noch nicht aufgeklärt. — Nach einer Meldung aus Galizien hat sich in dem Bergwerk Stellarton eine Explosion ereignet. 65 Bergarbeiter konnten an die Oberfläche befördert werden. 74 sind im Schacht verschüttet. Ihre Stimmen sind deutlich vernehmbar, und es besteht Hoffnung, sie zu retten.

Verhaftung eines siebenjährigen Mörders. Einem grauenerregenden Verbrechen ist die Kriminalpolizei in Hannover auf die Spur gekommen. In der Leine und in der Feldmark Garze, in einer an der Leine gelegenen Döfse, fand man in den letzten Tagen verschiedene Knochenreste von menschlichen Körpern, die darauf hindeuteten, daß hier schwere Verbrechen vorlagen. Diese Annahme hat sich auch in der kürzlichsten Woche bestätigt. Die Leiche eines siebenjährigen Kindes, des kleinen Hanschen, der im Schacht verschüttet wurde, in diesem Geständnis, das er abgelegt hat, gab der Mörder an, wie er den Mord begangen

fließt gegen das Reichsmietengesetz den Anfang des Abbaues des Mieterlohnes bedeuten soll. Das Mieterlohngesetz wird das nächste Gesetz sein, das angesetzt werden wird, und das Wohnungsmangelgesetz soll in den Diskus folgen — unbekümmert um die Wohnungsnot des deutschen Volkes.

Nur die Sozialdemokratische Partei hat bisher klar Farbe bekant. Sie hat im Reichstage erneut den Antrag eingebracht, die §§ 26 bis 32 der dritten Steuernverordnung und damit die ungeliebte und brutale Mietsteuer zu beseitigen und an deren Stelle eine Vermögenssteuer zu setzen, für die Zwecke des Neubaus oder eine Wohnungsbaubgabe bis zur Höhe von 10 Proz. der Friedensmiete im ganzen Reiche zu erheben.

Die gesamte Spekulation hofft auf den Sieg der Anträge der Deutschen Volkspartei, um ihre Schürfen auf Trüden zu bringen. Hoffen wir, daß sich im Reichstage keine Spekulationsfreundliche Mehrheit findet, die das Wohnungswesen volksfeindlichen Deuten ausliefert.

Neue Bücher.

(Alle hier besprochenen Bücher sind durch die Buchhandlung des „Lübeker Volksboten“ zu beziehen.)
Der Südpol von England amektiert. Vor kurzem ging durch die Presse die Nachricht, England habe seine Hand auf den sechsten Erdteil gelegt, auf das weitgelehnte eisbarrere Land rings um den Südpol. Den Hauptantrieb für diese auffällige politische Tat haben gewiß die aufsehenerregenden Entdeckungen gegeben, die Sir Douglas Mawson auf seiner bekannten Südpolarreise gemacht hat. Sein zweibändiges Werk „Leben und Tod am Südpol“, das vor einigen Jahren bei Brockhaus erschien, ist durch die packenden Schilderungen und die reiche Ausstattung mit

Bildern weitläufig bekannt geworden. Eine Zusammenstellung der anziehendsten, interessantesten Teile des prächtigen Buches erscheint jetzt in der bekannten Sammlung „Reisen und Abenteuer“ (Brockhaus, Leipzig) als Band 26 unter dem Titel des Originalwerkes „Leben und Tod am Südpol“ (geb. 2,50 G. Mark). Der Band reiht sich würdig den früher erschienenen Bänden der „Reisen und Abenteuer“ an, insbesondere den Bänden 3, 6 und 13, die sich mit den Erlebnissen Kapitän Scotts und Ernest Shackletons beschäftigen. In dem reich mit Abbildungen und Karten geschmückten Bande treten die Hauptpersönlichkeiten der über weite, eisbedeckte Meer- und Landflächen verteilten Expedition womöglich noch kräftiger hervor als in dem Hauptwerk. Auch dieser Band der Sammlung „Reisen und Abenteuer“ ist alt und jung aufs wärmste zu empfehlen. Er vermag Hochachtung einzuführen vor dem hohen Geist und der Energie der Männer, die ihr Leben im Kampfe mit der Natur aufs Spiel setzen, um der Wissenschaft und damit der Entwicklung der Menschheit zu dienen.

Wetterbericht der Deutschen Seewarte.

Vom Ozean rückt das neue Tief rasch über England heran. Eine breite Regenfront geht ihm voraus, deren Südbende den äußersten Nordwesten Deutschlands erreicht hat. Der hohe Druck, der gestern abend noch über Mitteleuropa lag, ist fast vollständig zerstört. Die Folge dieser Lage war Zunahme der Bewölkung, Südwinde, Steigen der Temperaturen. Es wurden 25 Grad, im Binnenlande bis zu 30 Grad erreicht.

Vorhergabe für den 3. und 4. Juli 1924.

Veränderlich, kühl, Strichregen, Gewitter nicht ausgeschlossen, später vorübergehend leichte Besserung.

Sport.

Die Freie Sportvereinigung veranstaltet am Freitag abend 7 1/2 Uhr auf dem Kasernenhof ein Spiel gegen „Vorwärts“. Es ist ein besonders billiger Eintrittspreis (30 Pfg.) festgesetzt.

Marktberichte.

Getreide. Hamburg, 2. Juli. (Bericht des Vereins der Getreidehändler der Hamburger Börse.) Bei festerer Tendenz und Zurückhaltung von Käufern und Verkäufern blieb das Geschäft in engen Grenzen. Auslandsstorn behielt seinen festen Stand. Preise in Rentenmarkt per 1000 Kilo. (4,20 Rentenmarkt = 1 Dollar.) Weizen 140—146, Roggen 128—134, Hafer 130 bis 140, Sommergerste 140—146 ab inländischer Station, einschl. Vorpommern. Ausland. Gerste 152—172, Mais, Ioko, 139 bis 141 Markt, frei Kaimaggon. Delfuchen auf Herbstfrüchten etwas stetiger.

Futtermittel. Hamburg, 2. Juli. Mais, Ioko, 6,90 Mk.; Reisfuttermehl (24%) 5,—; Kavaufuchen 4,65; Palmkuchen 5,80; Leintuchen 9,—; Kofoskuchen 8,60; Palmkernschrot 5,—; inländ. Weizenkleie 4,50; Gerste, Ioko, 8,— Markt. Tendenz: stetig, infolge der Geldknappheit ohne Geschäft.

Heu und Stroh. Hamburg, 2. Juli. Im Großhandel stellt sich der Preis für: Wiesenheu, lose auf 3,00 Mk. do. gepreßt auf 3,90 Mk.; Getreidestroh, gebündelt auf 1,70 Mk., do. gepreßt 1,80 Mk. Alle Preise verstehen sich je Zentner frei Waggon Bahnhöfe Hamburg, Altona, Wandsbef. excl. Deckenmiete. Tendenz: ruhig.

Amtlicher Teil

Verammlung der Bürgerschaft
 am Freitag, dem 4. Juli 1924, abends 6 Uhr.
 Der Vorsitzende: G. Ehlers.

Norderrfähre in Travemünde.

Der Betrieb der Norderrfähre in Travemünde wird an den Tagen des Pferderennens auf dem Brimall am 4. und 6. Juli d. J., mittags 12 Uhr eingestellt werden. (4890)
 Lübeck, den 2. Juli 1924. Das Polizeiamt.

Pferdemarkt.

Der zweite diesjährige Pferdemarkt findet am 10. Juli 1924 in der Waisen-Allee statt. Für jedes Pferd ist ein Anbindegeßel von M. 2.— zu entrichten. (4891)
 Pferde mit ansteckenden Krankheiten dürfen nicht an den Markt gebracht werden.
 Lübeck, den 1. Juli 1924. Das Polizeiamt.

Am 4. Juli 1924, vorm. 11 Uhr wird der Schiffer Heinrich Saase vom Kaja „Lübeck Nr. 815“ wegen seiner Reise von Altona auf hier im Gerichtshause, Zimmer 9, Verklarung ablegen. (4924)
 Amtsgericht Lübeck.

Nichtamtlicher Teil

Wir suchen zu sofort
Aushilfspersonal
 tüchtige männliche und weibliche
Verkaufskräfte
 für sämtliche Abteilungen.

Persönliche Vorstellung mit Originalzeugnissen in unserem Personal-Bureau im 4. Stock.

Holstenhaus

Am 1. d. M., abends 9 1/2 Uhr, entschlief nach schwerem Leiden unser Liebling
Gertrud
 im 2. Lebensjahre.
 Robert Kahl und Frau Helene, geb. Meier.
 Beerdigung Sonnabend, 3 Uhr, v. d. Leichenhalle d. Vorwerk. Friedh. (4928)

2 gr. Petroleumlamp., für Volksfest pass., z. verk. (4898) Engelswisch 59, I.
 1 Paket m. Kleiderstoff gef. Abzug. g. Grt. d. Unf. Glschwigr. 7c. D. (4899)
 Neue Stahwaschbälge zu verkaufen. (4917) Depenau 21, II.

Prima **Fertel** billig, v. v. Ernststr. 12. (4918)

Gimerbier.
 Freitag von 4—6 Uhr. (4908) Brauerei Wilcken, sowie Arnimstr. 21 a.

la. Speisekartoffeln
 10 Pfund 40 Pfg.
 100 Pfund 3.50 Mk.
 empfiehlt (4915) Emma Müller, Gnackstraße 63.

Jung. Frau sucht Beschäftigt. z. Volksfest. (4921) Ang. u. D 215 a. d. Exp.
 Alt. unverl. Mann sucht leichte Arbeit nur für Sonntag. Logis. Ang. u. D 213 (4900)
 Kndl. Ehepaar (möbl., evtl. leer. Zim. Rückstg. od. Schlutup. u. u. D 212 (4892)
 Kndl. Ehep. sucht 1-2 Zeeer od. teilw. einf. möbl. Zimmer mit Kochg. (4904) Ang. u. D 214 a. d. Exp.
 Guterh. gr. Kinderwag. Kageinet zum Zwillingswagen) zu verk. (4893) Altendornstr. 11, pt.

Prima Dan. Blasenschmalz Pfd. 64 Pfg.
 in ganzen Blasen 62
Volksfester Schweizerkäse 120
Pa. Speck 120
W. Beckmann, Beckergrube 33.

Meine Preise sind der Geldknappheit angepaßt!

- Ich bringe richtige Gebrauchsware zu billigen Preisen:
- Oxford-Hemden für Arbeiter . . . 4.25 3.95 **2.95**
 - Barchent-Hemden für Männer . . . 4.50 3.95 **3.50**
 - Schlosser-Hemden für Männer . . . 4.95 4.50 **3.95**
 - Normal-Hemden für Herren . . . 4.50 3.95 **2.95**
 - Makko-Hemden 4.75 3.95 2.95 **2.65**
 - Arbeiter-Hosen gestr. Pilot . . . 7.95 6.95 **5.95**
 - Buckskin-Hosen 7.95 5.95 **4.85**
 - Herren-Socken Paar 85 75 68 50 38 **38**
 - Herren-Socken rein wollene **1.40**
 - Hemdentuch grobfädig Mtr. **75**
 - Hemdentuch fein, mittel und grobfädig Mtr. 1.25 1.08 **98**
 - Schürzendruck 100 cm breit Mtr. **1.68**
 - Finett für Nachtjacken Mtr. 1.50 **1.25**
 - Pique für Nachtjacken, extra schwer . . Mtr. **1.45**
 - Blaudruck für Kleider Mtr. 1.15 **98**
 - Musseline hübsche Muster Mtr. 1.25 **98**
 - Frottee für Kleider, 100 cm br., gestr., Mtr. 2.95 **2.50**
 - Handtuch-Dreile Mtr. 1.25 90 66 **66**
 - Damen-Strümpfe alles verstärkt Paar 1.38 1.25 88 78 58 **58**
 - Damen-Hemden gute Qualität 2.95 **1.95**
 - Kinder-Socken zum Aussuchen . . . Paar **58**
 - Herren-Anzüge 65.00 48.00 39.50 **29.50**
 - Sommer-Joppen 8.95 7.95 6.95 4.95 **4.95**

Johannes Holst

Markt 6 Lübeck Kohlmarkt 6

Der Herr im dunkeln Anzug mit randlosem Kneifer, der heute morgen um 9 Uhr 15 (4937) im Hofgebäude am Markt eine schwarze Brieftasche an sich genommen hat, ist vom Schalterbeamten erkannt worden. Er wird hierdurch aufgefordert, dieselbe umgehend mit Inhalt auf der Kanzlei des Postamtes abzugeben. Die Kriminalpolizei ist bereits mit der Angelegenheit befaßt.
 Gebr. Fahrrad. Kauf (4887) Laufer, Wafenismarkt 6.

Gut erh. Bettstelle m. Sprung- u. Aufst.-Matr. billig zu verk. (4916) Biemarckstr. 5, pt.

Berl. Sonnabend gold. Medaillon, Aident. Geg. gute Belohnung abzug. (4897) Alststr. 31, II.

Herren-Anzüge u. -Paletots
 auf bequeme Teilzahlung in nur guten Qualitäten
 Bei 1/3 Anzahlung wird die Ware gleich ausgehändigt
Herren - Konfektionshaus
Waldemar Ludwig, Lübeck
 Wahnstr. 33, unmittelbar an der Königstraße gelegen (4936)

4925 **Travemünder Rennen**
 Morgen Freitag, den 4. Juli, nachm. 3 Uhr, u. Sonntag, den 6. Juli, nachm. 2 Uhr.

Fußballwettspiel
 der beiden Blagribalen
B. S. V. — F. S. V.
 am Freitag, 4. Juli, abends 7 1/2 Uhr
Kasernenhof (4907)
 Eintritt 30 Pfennig

Arbeiter-Turn- u. Sport-Verein Lübeck.
General-Verammlung
 findet nicht am Freitag, dem 4., sondern am Mittwoch, dem 9. Juli, abends 8 Uhr im Arbeiter-Sportheim statt. (4896)
 Wichtige Angelegenheit. Der Vorstand.

Achtung!
Maurer- und Zimmerlehrlinge!
Mitglieder-Verammlung
 am Freitag, d. 4. Juli abends 7 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus.
 Tagesordnung: Besuch der Hamburger Maurer- und Zimmerlehrlinge am Sonntag, dem 6. Juli in Lübeck. (4938) Die Vorstände.

REUTERKRUG
 Veranda :: Terrasse
 Abendkarte, fl. Preise
 la. temperierte Biere -
 Eisprisen :: Eisgetränke
 Täglich: 4927
Künstlerkonzert
 Kapelle Lavino

Stadthallen-Garten
 Täglich von 4—11 Uhr
Schenck-Konzerte
 Bei ungünstiger Witterung in den Restaurationsräumen. 4888

Luisenlust
 Jeden Freitag: 4882
Großes Tanzkränzchen

Café „Bernhard“
 Packerburger Allee 9.
 Täglich von 8—1 Uhr (4883)
 das beliebte
Schröder-Findk-Duo

Hauptwerkstatt Lübeck-Büchener Eisenbahn

Großes Sommerfest
 im Moisinger Baum (4901)
 am Sonnabend, dem 5. Juli 1924.
 Ausmarsch mit Musik: 3 Uhr ab Lindenplatz
Kinder-, Damen-, Herrenvereinigungen
Sommernachtsball, Gartentanzert, Dreischießen
 Gäfte herzlich willkommen!
 Eintritt M. 0.65 Der Festauschuss.

Lübeker Berufsfeuerwehr.
Sommerfest
 am Sonnabend, dem 5. Juli 1924
 im
Gesellschaftshaus „Muss“
 Israelsdorf (4918) 1. Wehr-Abtl.
 Anfang 7 Uhr.

Das ebm 19 Goldpfg., Lichtstrom khw 60, Kraftstrom 27, Wasser ebm 16/30, heizbare Räume mit Leitung 20, ohne Leitung 10 Goldpfg. (4908)

Gebrauche Ata



- und im Haus sieht's
stets bei dir wie Sonntag aus!
(ATA Henkel's Putz- und Scheuermittel)

Dr. Joël
zurück. (4902)

Billig! Billig!

- Sirup 1 1/2 0.25 Mk.
- Sauerholz 1 1/2 0.10
- Bohnerwachs (4932)
- 1 1/2 Dose 0.60
- Seife 10 1/2 1.20
- Weizen 10 1/2 1.20

Für die Wäsche

- Seife Rot. 17 u. 20
- Seife 3 Rot. 50 u. 55
- Delfeife 40 u. 35
- Edna 2 1/2 15
- Stärke 43

Sehr zu empfehlen

- Peril 45
- Schwan 30
- Digiu 30 1/2, Zuhne 25
- Eil 20 1/2, Senfo 15
- Burnus 25

Eduard Speck

Düggstraße 80/84.



Die neuen



Fabriklager
Lübeck:

Emanuel Wilke

Beckergrube 58.
Fernsprecher 8292.

Afossa dick, rund und gold
Die Qualitätszigarett für alle

2 1/2

Grosserwoog

gold, Großformat
Eine Höchstleistung!

3

Frühjof gold

Die beliebte, altbekannte

4

Mokfar

gold, Kork 1/Stanioi

In ihrer Art unerreicht

5

Lande Klasse

Die Zigarette für Feinschmecker
in elegantem Druckknopf-Karton

5

Kohary

Gold 1/Stanioi

Die vornehme Gute

6

Jeden Dienstag und
Freitag von 3-6 Uhr:

Eimerbier.

1886 **H. Baje.**

Eimerbier

Freitag von 4-6 Uhr.
4911) Brauerei Stamer,
Meierstraße 15 und
Warendorffstraße 19b.

Speisekartoffeln

10 Pfd. 40 Pfg.
Zentner 3.50 Mk.

empfehl. (4914)
Wilh. Süße
Schwartauer Allee 46 a
Telephon 8822.

Billig und

Uhrenreparaturen
zu-
verlässig!

1 Jahr Garantie.
Herm. Voß, Uhrmacher
Jetzt nur
Fleischhauerstr. 36.

(4885)

Möllers billige Fleischquelle

- Düggstraße 83/85 (4923)
- Frische zarte Leber, Gulasch ... Pfd. 80 Pfg.
 - Direkt. Rindfleisch, Geflügel Enten 60 "
 - Dieses Schweinefleisch 60, Schinken 70 "
 - Karbonade, Beefsteak, Kollifisch 1.00 Pfd.
 - Flomen 70 Pfg., Flomen-Schmalz 80 Pfg.
 - Frisches Had 50 Pfg., Herz, Salz 40 "

J. H. Pein
Lübeck
Markt 10/12
Breite Straße 64/68.
Das bekannte Kaufhaus für (4930)
Arbeiter-Garderoben,
Berufskleidung,
Herren-Konfektion,
Knaben-Konfektion.
Erstkl. Manufakturwaren.

Lenken Sie Ihre Schritte

beim Einkauf von
Schuhwaren
nach **Klingenberg 5**
(neben Stadt Hamburg) (4926)

Sie finden bei mir wirklich gute Qualitäten zu staunend billigen Preisen. — Jeder Versuch führt zu dauernder Kundschaft.

Der weiteste Weg lohnt sich!

Probieren Sie meine vorzügliche Tafel-Margarine

- 1 Pfd.-Baker 65 Pfg. (4909)
- Margarine 55 1/2 - 1 Mk.
 - Blatenschmalz 70 1/2
 - Gew.-Schmalz (Kofosfett) 70 1/2
 - Talg 75 1/2
 - Bacobit 80 1/2
 - Vollreis 21 1/2
 - amerik. Mehl 18 1/2
 - Fetten Speck 85 1/2
- Prima Mettwurst Pfd. M. 1.50.**
Alfred Müller,
Verkauf nur Holstenstr. 6. part., hinten.

Außergewöhnlich billig!

- Herren-Sportanzüge 18 75
- Anzüge in hellen Donegalstoffen 22 00
- Anzüge in Wolstoff, auf Wollserge, Grisage, Madarab. 39 00
- Herren-Sommeranzüge Cabardire 25 00
- Ba. Manchester-Hosen 11 50
- Herren-Hemde ungebleicht 1 95
- Einfaß-Hemde guter Rippscheinfaß 2 45
- Turner-Hemde gute Qualität 1 65
- Starke Manchester- und Breches-Hosen 9 80
- Seidgrane Hosen 6 50
- Geitr. Kammgarn-Hosen 7 50
- Muffelin-Stoffe hübsche Muster Wtr. 68 1/2
- Battist-Kleider m. Handhohlfarm 3 75

Schuhwaren bedeutend herabgesetzt
Kaufhaus des Ostens
Franz Wehrendt 4936
untere Düggstraße 110.

Beim Einkauf beachten Sie

gute Ware

Hierfür garantiert Ihnen

vorteilhafte Preise

A. Lüders, 55 Huxstr. 55
Spezialität: Strümpfe und Wäsche (4910)

Wo kaufe ich meine Schuhwaren gut und billig?

Direkt ab Lager bei (488)
Rudolph Koopmann
Schuhwaren-Großhandlung
Breite Strasse 51, I (Café Modernn).

la. Schleswig-Holst. Meiereibutter

- Pfund 1,90 Mk.
- Margarine 90, 80, 70, 60 u. 55 1/2
 - Blatenschmalz 70 1/2
 - Weißes Schmalz 66 1/2
 - Cocosfett in Tafeln 60 u. 70 1/2
 - Speisefalg 45 1/2
 - Ba. Landfinken und Landspeck
 - Ger. Schweineköpfe 25 1/2

Joh. Petersen, Spezial-Butterhandlg.
(4919) Gr. Düggstraße 53.

Freitag und Sonnabend Ausnahmetage

- ff. Zilfiter Käse 25
- ff. 30
- ff. 45
- ff. Limburger Käse 45
- ff. Romadour-Käse 30
- Zucker 33

Ferner biete ich meine guten Wurstsorten weit unter Tagespreis an. (4921)

Fritz Block
Schwönekenquerstraße 18.

Zum Tode verurteilt sind
Läuse, Wanzen
in 1/2 Stunde unter Garantie Plöde, Brut bei Mensch u. Tier mit „Riesolda“, gef. gesch. Mittel. 100 000mal bewährt
Verkauf: Aegidienstraße 4. (4889)

Damen-Mäntel
Kostüme — Röcke
Kleider und Blusen
sowie Gummi-Mäntel
für Herren u. Damen

Waren-Kredit-Haus
H. Kesten
Holstenstr. 17
Liefert auf bequeme An- und Abzahlung.

Herren- und Knaben-Bekleidung
in allen Größen und Formen

Sportjacken
für Damen und Herren
in allen Farben (4913)

Herren- u. Damen-Wäsche, Hemdenstücke, Handtücher, Tischtücher, Inletts und Federbetten u. Gardinen

Gekaufte Waren werden sofort mitgegeben.
Zuvorkommende Bedienung.
Besichtigung ohne Kaufzwang.